Arbeiter-Zeitung

14. Jahrgang Nr. 69
Dienstag, 22. März 1932

Rüstet zum Kampftag gegen imperialistischen Krieg am 6. April!

erscheint täglich ... Wöchentl. 2 Mk ... Botenlohn = 2,1... monatlich 2,15 M... zehngespaltene Mill... Versammlungsanzeigen ... Zeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Ver... ...ameprei: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr

...uspreis: ... 1,65 Mk + 50 Pf. ... Durch die Post bezogen ... Anzeigenpreis: Die

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale

Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"

Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Gerichtsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

An die deutsche Arbeiterklasse!

An die Partei! An alle revolutionären Massenorganisationen!

Genossen und Genossinnen!

Fünf Millionen Arbeiter und Werktätige haben am 13. März ein kühnes Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf unter der Führung der Kommunistischen Partei abgelegt. Fünf Millionen Arbeiter haben sich unter der Parole unserer Kommunistischen Partei „Klasse gegen Klasse" zum Kampf gegen die Unternehmeroffensive, zum Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, zum Kampf gegen den neuen imperialistischen Krieg zusammengeschlossen. Das ist eine gewaltige Kampfkraft, wenn es uns gelingt, große wirtschaftliche und politische Massenkämpfe gegen die herrschende Klasse auszulösen. Fünf Millionen Arbeiter und Werktätige, das sind drei Millionen mehr als bei der letzten Präsidentenwahl 1925, 390 000 Stimmen mehr als in den letzten Reichstagswahlen. Darin kommt sichtbar das Heranwachsen des revolutionären Aufschwungs zum Ausdruck. Präsidentenwahlen sind schwieriger als Parlamentswahlen. Wir Kommunisten haben von vornherein erklärt, daß wir den Wahlkampf nicht vom parlamentarischen Standpunkt aus betrachten, sondern als eine günstige Gelegenheit,

die Millionenmassen des deutschen Proletariats im außerparlamentarischen Klassenkampf gegen die Kapitalisten und alle ihre Helfer zu sammeln.

Die Fünfmillionenfront, die am 13. März dem roten Arbeiterkandidaten Thälmann ihre Stimme gegeben hat, umfaßt die proletarischen Kerntruppen in den Fabriken, Schächten und an den Stempelstellen. In steigender Zahl haben sich auch werktätige Bauern und notleidende Mittelständler eingereiht, die unter der Führung des revolutionären Proletariats als Verbündete gegen den Kapitalismus mitkämpfen wollen.

Dieses Ergebnis konnte nur errungen werden durch

die hingebende, unermüdliche, aufopfernde Arbeit Tausender und Zehntausender von Parteigenossen und revolutionären Arbeitern, parteilosen Kämpfern und Helfern der großen kommunistischen Sache.

Wir sprechen allen roten Wahlhelfern, allen denjenigen, die trotz schwerster Notlage, oftmals in Hunger und Kälte durch die Betriebe und Arbeitsnachweise, durch die Straßen und Dörfer gegangen sind, um für die kommunistischen Losungen zu werben, unseren brüderlichen revolutionären Dank aus.

Klassengenossen! Die Kommunistische Partei zieht aus dem ersten Wahlgang die Lehre, mit aller Energie die Massen in den zweiten Wahlkampf am 10. April und in die Landtagswahlen in Preußen, Württemberg, Bayern und Anhalt am 24. April und in den Volksentscheid in Sachsen zu führen. Die Fünfmillionenfront im ersten Wahlgang zeigt ohne Zweifel den erfolgreichen Vormarsch unserer Kommunistischen Partei, die wachsende Sympathie der Massen für unsere Politik. Aber dieses Ergebnis genügt uns nicht. Ueberall, wo sich Schwächen und Mängel unserer Arbeit zeigten, müssen wir sie mit furchtloser bolschewistischer Selbstkritik beseitigen, um beim nächsten Male noch viel größere Erfolge zu erringen.

Wir müssen den Sozialfaschismus noch stärker als diesmal vor den Augen der ganzen Arbeiterklasse entlarven!

Wir müssen angesichts der Kriegsprovokationen den Massen praktische Beispiele dafür geben, wie wir den drohenden Ueberfall der Imperialisten auf die Sowjetunion bekämpfen.

Wir müssen unsere gesamte Arbeit bei der Entfachung der politischen und wirtschaftlichen Massenkämpfe gegen die Diktatur der Bourgeoisie um ein Vielfaches verbessern. Es gilt alle Kräfte des Proletariats zusammenzureißen gegen die Senkung der Löhne, gegen den Raub der Arbeitslosenunterstützung, gegen die Notverordnungsdiktatur der Regierung Brüning-Hindenburg, gegen den Terror der Nationalsozialisten, gegen die verräterischen und betrügerischen Manöver der Sozialdemokratie, die als Hilfstruppe des Finanzkapitals die Arbeiterschaft in immer tieferes Elend stößt und sich als gefährlichster Schrittmacher für den Hitlerfaschismus betätigt.

Hindenburg-Brüning mit ihren aktiven Stützen Severing und Leipart — das bedeutet die Zerschlagung der Sozialversicherung, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung, neuen Lohnabbau, verschärfte Notverordnungen. Deshalb gilt es für das Riesenheer der hungernden Erwerbslosen, sich zur Verteidigung ihrer ureigensten Lebensinteressen gegen die Brüning und Severing wie gegen die Hitler und Hugenberg in den Kampf zu stellen.

Nichts ist verderblicher als die Illusion: Hindenburg mit seiner „Eisernen Front" sei ein Schutz gegen die faschistische Diktatur. Umgekehrt:

Hindenburg-Brüning und vor allem die Preußenregierung der Braun und Severing führen mit eigenen Händen bewußt und systematisch die faschistische Diktatur in Deutschland durch. Sie bahnen Hitler den Weg.

Sie entrechten, knebeln und spalten die Arbeiterklasse und bedrohen die Existenz aller Werktätigen. Severing-Preußen ist der Hort der finstersten Reaktion und eine Hochburg des Faschismus. Jede Unterstützung Hindenburg-Brüning-Severings ist eine direkte Hilfe für Hitler. Jeder Schlag gegen Hindenburg-Brüning-Severing ist ein Schlag gegen Hitler-Hugenberg und gegen die faschistische Diktatur.

Darum führen wir mit gleicher Rücksichtslosigkeit den Kampf gegen die Hitlerfront und gegen die Hindenburgfront, denn beide sind nur zwei verschiedene Formen der herrschenden Kapitalsdiktatur. Darum

gilt unser Hauptstoß den Machthabern von heute,

den Hindenburg, Brüning, Severing, der betrügerischen, arbeiterfeindlichen Sozialdemokratie, die in den Reihen der Arbeiterklasse Zersetzung und Wirrwarr zu verbreiten sucht.

Klassengenossen! Wahlen bringen keine Entscheidung. Wahlen sind nur ein gewisser Gradmesser für die Kräfteverhältnisse im unerbittlichen Kampf der Klassen. Die wirkliche Entscheidung fällt ohne Wahlurnen und Stimmzettel. Sie fällt in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterhäusern, dort, wo die Werktätigen arbeiten, leiden und kämpfen. Gerade darum, im Namen des außerparlamentarischen Kampfes, gilt es, in den vorstehenden Wahlen die Fünfmillionenfront von heute mit aller Kraft zu vergrößern. Es gilt, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten in Deutschland noch stärkeren Mut, noch festeren Willen zur Machteroberung einzuprägen. Es gilt, allen Klassenfeinden, von den Nationalsozialisten bis zu den reformistischen Gewerkschaftsführern zu zeigen, daß sie auf den Widerstand und den unerschütterlichen Siegeswillen des revolutionären Proletariats stoßen.

Bietet eure äußersten Kräfte auf, schart euch wie ein Mann zusammen, arbeitet Tag und Nacht, klärt alle eure Arbeitsbrüder, alle eure Klassengenossen, alle Werktätigen in der Stadt und auf dem Lande auf!

Organisiert den Wahlkampf mit wahrhaft bolschewistischem Schwung, mit wahrhaft proletarischer Entschlossenheit!

Es gilt neue Scharen sozialdemokratischer, freigewerkschaftlicher Arbeiter von der sozialfaschistischen Politik ihrer Führer loszulösen!

Es gilt neue Scharen irregeführter werktätiger Anhänger der Nationalsozialisten davon zu überzeugen, daß nur die proletarische Diktatur Deutschland die nationale und soziale Befreiung bringen kann.

In Uebereinstimmung mit dem Willen der Millionenmassen der Arbeiter stellt die Kommunistische Partei den roten Arbeiterkandidaten Thälmann unter der revolutionären Losung „Klasse gegen Klasse" zum zweiten Wahlgang erneut auf. Diese Kampfkandidatur hat den Zweck, das arbeitende Volk der sozialdemokratischen Betrugspolitik des „kleineren Uebels" mit größter Schärfe entgegenzustellen, die breitesten Massen im Geiste des Bolschewismus zu beeinflussen und in den Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit zu führen.

Arbeiter! Werktätige! Gebt im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl alle eure Stimme dem roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann, dem Kandidaten der Kommunistischen Partei! Gebt in den Länderwahlen alle eure Stimme der Kommunistischen Partei!

Mit doppelter und dreifacher Kraft an die Arbeit!

Festigt, stärkt, erweitert die Fünfmillionenfront der proletarischen Freiheitsarmee!

Verteidigt mit allen Mitteln die Sowjetunion gegen den drohenden Kriegsüberfall!

Wendet euch nicht nur durch Worte und Resolutionen, sondern durch konkreten Massenkampf gegen die Ausbeutungsmaßnahmen, die Kriegsprovokationen, die Waffen- und Munitionslieferungen der Kapitalisten!

Es lebe der Kampf für ein freies, sozialistisches Rätedeutschland!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
Sektion der Kommunistischen Internationale

Die Stadt Köben a. Oder bankrott

Der Konkursverwalter bereits bestellt — Vor dem Zusammenbruch der gesamten bürgerlich-kapitalistischen Kommunalwirtschaft — Das sind die Auswirkungen der Notverordnungspolitik von Brüning-Braun-Severing! — Für die Sowjetkommune, für ein Rotes Preußen in einem freien sozialistischen Räte-Deutschland!

Köben a. d. Oder, 21. März. Ueber die Stadt Köben ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Es ist dies der erste Fall, daß in Preußen eine Stadt in Konkurs geraten ist. Die Gesamtverschuldung dieser kleinen Stadt — 1300 Einwohner — beträgt rund 600 000 Mark.

Wer sind die Träger der bankrotten Kommunalwirtschaft?

Die Brüning im Interesse des Großkapitals betriebene, von Braun, Severing, Schack und anderen Landespräsidenten nachdrücklichst unterstützte, vom Städtetag und von der gesamten kommunalen Verwaltungsbürokratie diensteifrig erfüllte und von der Sozialdemokratie tolerierte Notverordnungsdiktatur hat in gewaltigem Ausmaße die Gemeindehaushalte ausgehöhlt.

Im Jahre 1929 betrug der reine Finanzbedarf der Gemeinden 1511,6 Millionen Mark. Im Jahre 1930 sind davon nach den Angaben des Reichsfinanzministers bereits 16 Prozent oder rund 720 Millionen abgestrichen worden. Für das laufende Jahr ist die Kürzung bestimmt noch größer. 20 Prozent ist sicher zu niedrig geschätzt. Allein der Rückgang an Ueberweisungssteuern für Länder und Gemeinden macht — wiederum nach des Finanzministers Dietrich Ausführungen im Haushaltsausschuß des Reichstages am 10. Dezember — [illegible] Millionen Mark oder fast 22 Prozent aus. Seit 1928 beträgt die Haushaltsschrumpfung bei den Gemeinden wenigstens 36 Prozent.

Diese Zahl gibt jedoch noch ein wesentlich zu günstiges Bild, denn die Kosten der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge sind in derselben Zeit trotz brutaler Senkung der Richtsätze auf 1,2 Milliarden, also das Doppelte, gestiegen. Um soviel mehr sind demnach die Ausgaben für andere soziale und kulturelle Zwecke zurückgeschraubt worden.

Dennoch gingen die Gemeinden mit einem Fehlbedarf von [illegible] Millionen in das Etatsjahr 1931 hinein. Die Oberbürgermeister als bereitwillige Vollstreckungsbeamte der Brüning-Diktatur erfanden nun freiwillig noch weitere Teile der Gemeindehaushalte. Mit Stolz verkündete kürzlich auf der Verbandssitzung des Hessischen Städtevereins der Präsident des Deutschen Städtetages, Mulert, daß es den Kommunen gelungen sei, durch weitere „Einsparungen"

50 Millionen bei den Schulen,
125 Millionen bei den Bauausgaben,
25 Millionen bei den Kulturausgaben,
75 Millionen bei Wohlfahrt und Gesundheit,
25 Millionen bei Gehältern und sonstigen Ausgaben

[illegible] des Haushaltsplans um 300 Millionen zu verringern. Trotzdem blieben weitere 25 Millionen [illegible] zu decken. Wird Brüning nicht in die Beseitigung der gehobenen Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner einwilligen haben. (Die neueste Notverordnung hat „leichten Mangel" bekanntlich behoben.)

Keine Deckung des Fehlbedarfs — neue Lasten in den Gemeinden

Dem [illegible] Fehlbedarf von 600 Millionen [illegible] Gemeinden stehen auch nach der Notverordnung keine [illegible] gegenüber. Ganz abgesehen von dem [illegible] Charakter der [illegible] Einnahmequellen für [illegible] nicht dem Ertrag nicht aus, [illegible] Gemeindeverbänden und [illegible]. Insbesondere [illegible] des Rückgangs an Anteilsscheinen erhielten [illegible] bei optimistischer [illegible] nur einen Bruchteil des Fehlbedarfs. Auf der anderen [illegible] von Gemeinden aus der Arbeitslosenversicherung direkt [illegible].

Das ist das SPD.-Preußen

[illegible] Preußen [illegible] Steuer- und Kommunalpolitik den [illegible] SPD. [illegible] in [illegible].

Nun, [illegible] Zahlen aus dem neuen preußischen Statistischen Jahrbuch für 1932. Sie geben ein sehr [illegible] Spiegelbild über der [illegible] der preußischen SPD.-Politik!

	1913	1932
	(In Millionen Mark)	
Staatlicher Machtapparat	734,8	1296,8
Steuern und Abgaben	435,4	1143,4
Justiz	232,2	360,5
Innenministerium (vor allem Polizei	103,0	415,0

Für ein rotes Preußen, für die Sowjetunion!

Die Bankrott sozialdemokratischer Staats- und Kommunalpolitik kann auch nicht mehr durch „tiefe" Worte der Hinterbänk-Sozialisten aus der Welt geschafft werden. Die Sozialdemokratie in Preußen war [illegible] der Brüningschen Notverordnungspolitik, durch die die [illegible] Kommunalwirtschaft an den Rand des Bankrotts gebracht worden ist. Man hat den Kommunen nicht nur das Selbstverwaltungsrecht genommen, man hat durch den Finanzausgleich von Reich und Ländern ihre finanzielle Basis so verengert, daß sie vor dem Zusammenbruch stehen. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, richtet in der heutigen bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse einen „letzten Appell" an Reich und Länder, sie mögen den Kommunen schnellstens helfen. Der Appell wird den Kommunen [illegible] keine Hilfe bringen, weil ja Reich und Länder selbst sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden.

Am 24. April finden in Preußen die Landtagswahlen statt. Die Sozialdemokraten werden den werktätigen Massen einreden wollen, daß „ihr" Preußen gegen Hitler verteidigt werden müsse, weil Hitler der Feind der Arbeiterklasse und der Vertreter der besitzenden Klasse sei. Das ist elender Betrug! Die Politik, die die Sozialdemokratie in Preußen und in den Kommunen getrieben hat, war untergeordnet den Belangen des Finanz- und Trustkapitals und lag im ausschließlichen Interesse der Kapitalisten. Haben die werktätigen Schichten dadurch, daß jahrelang in Preußen die Sozialdemokratie führend die Staats- und Kommunalpolitik bestimmt hat, Vorteile gehabt? Nein! Deshalb können die Werktätigen dieses Preußen nicht verteidigen, sondern müssen mit uns Kommunisten für ein rotes Preußen, für die Sowjetkommune kämpfen. Erst in einem sozialistischen Sowjetdeutschland wird die wahre Selbstverwaltung der Kommunen bestehen, werden die Kommunen die Träger wirklicher Kultur- und Sozialpolitik sein. Die kommunale Wirtschaft in der Sowjetunion liefert uns genügend Beispiele, wie proletarische Kultur- und Sozialpolitik betrieben wird.

Deshalb muß die Arbeiterklasse am 24. April, dem Tag der Preußenwahl, durch die Stimmabgabe für die KPD. ein wuchtiges Kampfbekenntnis gegen das Braun-Severing-Preußen, für ein rotes Preußen, abgeben.

Antikriegstag am 6. April

Der 6. April steht im Zeichen des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion.

In allen Betrieben, auf allen Stempelstellen, in allen Büros müssen die Arbeiter und Angestellten Stellung nehmen.

Verstärkt die Rote Einheitsfront zur Verteidigung der Sowjetunion!

Die Schieber des „Krisen-Kongresses" und des Arbeitsbeschaffungsschwindels entlarvt!

Betriebsarbeiter und Erwerbslose, kämpft nun erst recht um die ernsthaften Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD.!

Berlin, 21. März (Eig. Drahtbericht) **Der Bundesvorstand des ADGB. hat den zum 23. März nach Berlin einberufenen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Vertagung wird merkwürdiger Weise mit dem „Burgfrieden" begründet, was zweifellos eine lächerliche Ausrede ist.**

Wir glauben jedoch, imstande zu sein, das Geheimnis der Vertagung lüften zu können. Die „Rote Fahne" vom Sonntag hat Enthüllungen von Dr. Feiler, dem Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung" und Mitglied des Reichswirtschaftsrates, veröffentlicht. Es erwies sich, daß die Denkschrift des Reichswirtschaftsrates über Arbeitsbeschaffung, die eine platte bankrotte Erklärung ist, von den Gewerkschaftsführern im Reichswirtschaftsrat mit unterzeichnet wurde. Auf dem „Burgfriedenskongreß" beabsichtigten die Reformisten, schwungvolle Reden über Arbeitsbeschaffung zu halten, im Reichswirtschaftsrat aber unterzeichneten sie kleinlaut die Erklärung. Der „Krisenkongreß", wenige Tage nach der Veröffentlichung Dr. Feilers, ist direkt zur Unmöglichkeit geworden, außerdem sind sich die Organisatoren des „Krisenkongresses" im klaren, daß der Kongreß in zwei bis drei Wochen von der gesamten Arbeiteröffentlichkeit gründlich vergessen wird. Nehmen ihn doch die Gewerkschaftsführer selbst keinesfalls ernst. Der ganze Kongreß ist eine Wahlmache, um Stimmen zu fangen; deshalb soll der Kongreß möglichst unmittelbar vor den Wahlen abgehalten werden.

Die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen müssen nun erst recht, nachdem diese Schieber des ADGB. entlarvt sind — um die Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD., die den örtlichen und provinziellen Verhältnissen angepaßt werden müssen, den Kampf in den Betrieben und auf den Stempelstellen gemeinsam organisieren und führen.

Grenztreffen deutscher und polnischer Arbeiter

Kampfgelöbnis deutscher und polnischer Arbeiter

gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion und Kampfbündnis der deutschen und polnischen Arbeiterklasse

Hindenburg. Am Steinhofpark in Kunzendorf an der deutsch-polnischen Grenze, nur getrennt durch einen Wassergraben, fand am Sonntag, dem 20. März, eine Kampf- und Verbrüderungskundgebung der deutschen und polnischen Arbeiter statt. Obwohl die Kriminal- und Schutzpolizei zu Fuß und zu Rad einen Ueberwachungsdienst in dem Grenzgebiet eingesetzt hatte, **konnte sie nicht verhindern, daß an der genannten Stelle fast 300 Arbeiter zusammenkamen, während jenseits, auf polnischem Gebiet, die Arbeiter aus den Häusern kamen und mit Rot-Front-Rufen die Begrüßung gegenseitig erfolgte.**

In einer kurzen und anfeuernden Rede wurde beiderseitig ein Kampfgelöbnis gegen den imperialistischen Krieg und die Interventionsgefahr gegen die Sowjetunion abgelegt, bei gleichzeitigem Gelöbnis, das Kampfbündnis der deutschen und polnischen Arbeiter fester zu schmieden zur Verteidigung der Sowjetunion und den Kampf um ein freies sozialistisches Rätepolen und Rätedeutschland.

Als die Polizei mit ihren Flitzern eintraf, hatte die Demonstration und Kundgebung unter Absingung der „Internationale" bereits ihr Ende gefunden.

Die deutsche Bourgeoisie will die Sowjetunion vernichten

In einer Besprechung der Tätigkeit des Zündholzkönigs Kreuger schreibt die „Deutsche Bergwerkszeitung", das bekannte großkapitalistische Organ, am 18. März:

„In diesem gewaltigen Kampf, den die Einzelperson Ivar Kreuger gegen das russische Riesenreich geführt hat, ist er jahrelang auf allen Gebieten Sieger geblieben. In einem festen Ring hat er zuerst fast alle an Rußland grenzenden Staaten in sein Monopolsystem einbezogen und ging systematisch dazu über, die noch restlichen Weltmärkte für sich zu gewinnen."

Mußte nicht auch eines Tages Kreuger den zahlreichen politischen Vorschlägen gegen Sowjetrußland, die tagtäglich an ihn herantraten, ein williges Ohr gewähren und vermöge seines finanziellen Einflusses bei so vielen Regierungen den Kampf um Streichhölzer auf hochpolitische und militärische Dinge übertragen? Tatsächlich sind zwangsläufig bereits in letzter Zeit derartige Probleme für Kreuger entscheidend gewesen und wären es vor allem bei einer anderen Entwicklung der Weltwirtschaft noch geworden. Wir wissen, daß er gerade zuletzt die Russen im Fernen Osten vernichtend schlug, indem er ihren Zündholzabsatz in Japan unterband und im Begriff war, die Mandschurei und China als letzte Schlußsteine seinen weltumspannenden Monopolbau einzufügen. Und das Schlachtfeld in der Mandschurei sah Kreuger nicht als uninteressierten Zuschauer, wenn er auch in den vergangenen Monaten den finanziellen Wünschen von russischer weißgardistischer Seite, die an ihn herangetragen wurden, infolge seiner eigenen bedrängten Lage nicht annähernd in dem Maße entsprechen konnte, als er dies selbst vielleicht gewünscht hätte.

Nun hat die Weltkrise doch das Ende von Kreugers Machtentwicklung und damit seine Niederlage gegenüber den Sowjets erzwungen. Aber das bedeutet nicht, daß seine Ideen falsch gewesen sind. Denn der tragische Abschluß seines Wirkens ist ja nur entstanden durch die Krise des Vertrauens, die die ganze Welt zu einem Realisationsfieber in allen Werten veranlaßt hat, und die neben den ungelösten, aus dem Versailler Vertrag herrührenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas eine ihrer Hauptursachen in dem destruktiven Element der Weltwirtschaft, nämlich der Existenz Sowjetrußlands, aufzuweisen hat."

Das ist eine offene kapitalistische, imperialistische Sprache.

Die deutsche Bourgeoisie will den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion! Die Sowjetunion soll vernichtet werden!

Arbeiter, erkennt die Größe der Gefahr! Durchkreuzt den verbrecherischen Plan der Imperialisten! Verstärkt den Kampf gegen den imperialistischen Krieg! Verweigert die Herstellung und den Transport von Kriegsmaterial! Verbreitet die rote Einheitsfront, die gegen den imperialistischen Krieg den Kampf führt!

Material zur Aufklärung der Betriebsarbeiter

Mit vielen Betriebsarbeitern haben wir noch nicht eingehend genug diskutiert. Darum wird sich jeder Parteiarbeiter sorgfältig für die Agitation und Propaganda, vor den zweiten Wahlgang schalen durch das Studium der Broschüre:

Ernst Thälmann: „Der revolutionäre Ausweg und die KPD."

(Rede auf der Plenarsitzung des ZK der KPD.) 96 Seiten 20 Pfennig.

Betriebsarbeiter, eure ganze Kraft gegen Hunger und Krieg!

Im Zeichen imperialistischer Kriegs-Vorbereitungen

Was geht auf dem Flugzeugplatz in Sagan vor sich? — Arbeiterkorrespondenten, steigert eure Enthüllungen über die Kriegsvorbereitungen!

Sagan. Schon seit etwa einer Woche ist in Sagan ein Flugzeug stationiert, welches alltäglich Rundflüge über der Stadt ausführt. Angeblich steht es jedem zahlungskräftigen Bürger zur Verfügung, nur traf es völlig unerwartet und ohne vorherige Reklame zu entfalten hier ein. Daß dies nicht nur eine harmlose Angelegenheit ist, geht schon daraus hervor, daß es der Oeffentlichkeit in den ersten drei Tagen nicht zugänglich war, sondern ausschließlich von Angehörigen der Saganer und Sprottauer Artillerie benutzt wurde. Man sieht also, daß die Wehrmacht in allen Mitteln der modernen Technik ausgebildet wird, um in den „bekannten Fällen" mit der bekannten Energie des kleinen Severing einzugreifen.

Aber nicht nur das allein ist der Grund, sondern man will auf diesem Wege die Bevölkerung an diese Sache gewöhnen, damit desto unverhüllter die Kriegsvorbereitungen gegen Sowjetrußland betrieben werden können. Es ist doch kein Zufall, daß selbst das hiesige bürgerliche „Traktätchen" vor einigen Tagen über die Anwesenheit auswärtiger Reichswehroffiziere zu berichten wußte, welche das Gelände bis etwa nach Neusalz besichtigten.

Die Arbeiterschaft muß diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit widmen, weil sie dazu berufen ist, ein neues imperialistisches Völkerwerden zu verhindern, den Krieg gegen Sowjetrußland zu einer Niederlage für den Kapitalismus zu machen. Dazu ist notwendig, die Kriegsrüstungen noch aufmerksamer zu verfolgen. Wir brachten vor kurzem den Bericht eines Arbeiterkorrespondenten aus Jauer, der über Versuche weißgardistischer Werber berichtete, unter den schlesischen Landarbeitern Soldaten gegen Sowjetrußland für japanische Militärdienste anzuwerben. Doch nicht nur auf diese Art wird der Krieg vorbereitet. Wir wissen, in der deutschen Industrie wird in manchen Betrieben Kriegsmaterial produziert. Auch in Schlesien!

Hier müssen unsere Betriebskorrespondenten auf den Plan treten. Als die Arbeiterkorrespondenten an der Wasserkante als erste in ihrer kommunistischen „Hamburger Volkszeitung" die große Enthüllungskampagne gegen die blutbesudelte Kriegsmaterialherstellung und Transporte für Japan aufdeckten, schrieb das Zentralorgan der KPD., die „Rote Fahne":

„Die Enthüllung des Munitions- und Pulverschmuggels durch die revolutionären Arbeiter und Seeleute an der Wasserkante ist ein Anfang. Sie ist ein erster Anlaß zu der aktiven proletarischen Solidarität für die chinesischen Werktätigen. Hier ist ein schlagender Beweis für die außerordentliche Bedeutung der Arbeiterkorrespondenten."

Auch die schlesischen revolutionären Arbeiter müssen den schlagenden Beweis für die außerordentliche Bedeutung der Arbeiterkorrespondenten im Kampf gegen den imperialistischen Krieg liefern.

Arbeiterkorrespondenten, euer wachsames Auge muß in jeden Winkel, in jeden Betrieb und jede Abteilung hineinleuchten, insbesondere dort, wo Rüstungsbetriebe sind. Ihr müßt die Ergebnisse eurer Beobachtungen sofort an die „Arbeiter-Zeitung" berichten!

Reichsbannerarbeiter schaffen mit kommunistischen Klassengenossen

Rote Einheitsfront gegen Faschisten-Terror

Der Guhrauer Anzeiger verherrlicht Ueberfälle der Nazistrolche

Guhrau. Am 14. März hat ein großer Trupp Nazistrolche in Guhrau einen Reichsbannermann in feiger Weise überfallen und mißhandelt. Der Ueberfallene ging nun nicht zu der heutigen Justiz, die ja nur noch im Dienste der Nazis steht, sondern suchte sich am 15. März den Rädelsführer des Ueberfalles auf der Dienststelle heraus. Er zahlte dem Raudi seinen Teil in gut proletarischer Weise zurück. Darauf stürmten sofort die Nazis nach Hilfe, in die bei Lupke befindliche Nazikaserne. Von dort erschienen der Obernazi Püschel und noch andere im Laufschritt, um eine Schlägerei zu provozieren.

In geschlossener Front wehrten sich die anwesenden Reichsbanner- und KPD.-Arbeiter den Ueberfall ab,

wobei die provozierenden 8 Nazis eine ordentliche Tracht Prügel bezogen, worüber sich selbst andere Nazis freuten, am meisten aber darüber, daß der Obernazi Püschel, der reeller Arbeit aus dem Wege geht und sich von den Nazis bezahlen läßt, ebenfalls Prügel bezog.

Darüber bringt nun der im Solde der Nazi stehende „Guhrauer Anzeiger" einen reinen Jammerbericht, der von Lügen strotzt, wie von ja es von dem Blatt nicht anders gewohnt ist. Er faselt von einem Ueberfall von 600 Mann auf nur zwei Nazis. Auf welche niedrige und arbeiterfeindliche Stufe sich der Anzeiger stellt, weiß die Arbeiterschaft. Reichsbanner- und KPD.-Arbeiter rüsten in der antifaschistischen roten Abwehrfront fest zusammenstehen. Die Nazis machen sich hier mit größter Frechheit breit. Die Behörden schauen untätig zu, wie die Faschisten ihren Terror ausüben. Es ist beschämend für die Arbeiter und den gesamten Mittelstand, ein derartiges Blatt, wie es der „Anzeiger" ist, noch zu halten. Der russische Arbeiter konnte ehemals nicht lesen und schreiben, aber er hatte früh im Sinne seiner Klasse zu denken gewußt und es verstanden, zur richtigen Zeit das Joch des Kapitals abzuschütteln. In Guhrau ist es aber leider bis heute nicht so. Die „Anzeigerleser" können wohl alle lesen und schreiben und doch begreifen sie noch nicht, daß sie sich als Leser des Anzeigers nur der Nazipartei und damit den Kapitalisten verkaufen. Hier liegt es an den revolutionären Arbeitern, dafür zu sorgen, daß in jeder Arbeiterwohnung und selbst bei dem Mittelstand die „Arbeiter-Zeitung" gelesen wird. Arbeiter, bildet überall die Abwehrfront gegen die Nazipest! Schafft die antifaschistische rote Einheitsfront!

Im angrenzenden Michelsdorf glauben die Nazis, schon Beherrscher des Dritten Reichs zu sein. An etlichen Wochentagen ziehen dieselben ihre SA.-Abteilungen zusammen, wobei dieselben in dem kleinen Dörfchen Harian militärisch gedrillt werden. Wann wird sich die Polizei des Herrn Severing, welcher den Roten Frontkämpferbund verboten hat, für diese Bürgerkriegsübungen interessieren?

Werktätige, reiht euch ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Reich und Arm — das ist zweierlei

Wüstegiersdorf. Als vor kurzer Zeit hier ein älterer Arbeiter auf Grund seiner Krankheit sich selbst das Leben nahm und die Angehörigen ihn in die katholische Kirche tragen lassen wollten, ließ der Pfarrer Richter dies nicht zu, weil er ja ein „Selbstmörder" war. Anders dagegen war es, als vor einem Jahre der fromme katholische Fabrikant Tomeck von hier sich erhängte. Der wurde mit allem Pomp der katholischen Kirche beerdigt. Da ging sogar derselbe Pfarrer Richter ins Trauerhaus, und Tomeck wurde auch in die Kirche getragen. Das war ja nicht nur ein Arbeiter, sondern ein Mitglied der besseren Klasse, und da muß man schon einen Unterschied machen. Die Arbeiter mögen daraus ersehen, daß die kirchliche Lehre von der Gleichheit vor Gott nur dazu da ist, um die Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten. Aber dieser katholische Pfarrer kann noch mehr als einen Unterschied machen zwischen arm und reich. O nein, er kann auch, wenn es sein muß, Eheleben zerstören. So bei dem Arbeiter R. von hier, der sich vor Jahren katholisch trauen ließ und dabei einen Schein unterschrieb, seine Kinder einmal in die katholische Schule zu schicken. Er hat es sich jetzt aber überlegt und will die Kinder in die evangelische Schule schicken, auch seine Frau, die katholisch ist, war damit einverstanden; bloß der Herr Pfarrer nicht. Er läuft sich die Schuhsohlen wund, um den Arbeiter zu bekehren, und auch der katholische Lehrer Sockel versucht sein möglichstes zu tun. Sie bearbeiten jetzt die Frau, damit sie doch ihren Mann davon überzeugen soll, daß nur die katholische Schule das Richtige ist. Diese Schürereien der katholischen Obrigkeit müssen natürlich dazu führen, daß der Frieden in der Familie gestört wird. Und das sind dieselben Leute, die über die Kommunisten schreiben, daß sie das Familienleben zerstören wollen. Für die Arbeiterschaft gibt es nur eins: Nicht evangelisch oder katholisch, sondern heraus aus der Kirche! Hinein in die rote Arbeiterfront!

Radfahrhändler Lotze als Agent der Kriminalpolizei

Liegnitz. Ein Liegnitzer Arbeiter kaufte sich im Mai 1931 bei dem Radfahrhändler Oskar Lotze ein Fahrrad für 100 Mark auf Ratenzahlung. Nachdem der Arbeiter 55 Mark schon bezahlt und zwei Monate nicht zahlen konnte, nahm Herr Lotze ihm das Rad weg. Nach einiger Zeit ging der Arbeiter nochmals zu Herrn Lotze hin, um zu erklären, daß er die Zahlungen wieder aufnimmt und das Rad zurück haben wolle. Da aber Herr Lotze auf einmal 30 Mark forderte und der Arbeiter ihm erklären mußte, daß er soviel nicht bei sich habe, erhielt er das Rad nicht zurück. Sondern Herr Lotze erklärte ihm darauf, daß er das Rad nicht wieder herausgebe, er hätte die größten Schweinehunde unter seiner Kundschaft.

Nun hatte der Arbeiter an seinem Rade eine Stahlrute und ersuchte deshalb Herrn Lotze, ihm einmal zu dem Rade hingehen zu lassen, da er noch etwas, was ihm gehört, von dem Rade wegnehmen wolle. Herr Lotze lehnte dieses Ansinnen ab. Vor wenigen Tagen nun bekam der Arbeiter eine Vorladung vor die Kriminalabteilung, und siehe da, Herr Lotze hatte sofort das Rad untersucht, die Stahlrute gefunden und den Arbeiter angezeigt. Die Kundschaft des Herrn Lotze, die sich überwiegend aus Arbeitern zusammensetzt, wird sich die Manieren (Schweinehunde usw.) und die Tatsache, daß dieser „feine" Geschäftsmann legal Arbeiter der Polizei ausliefert, sehr gut merken und die Firma Oskar Lotze, Wettlestraße, bestens „empfehlen".

Die Roten-Hilfe-Pioniere von Friedland

fordern die Rote-Hilfe-Pioniere von **Dittersbach** zum revolutionären Wettbewerb heraus. Sie verpflichten sich, ihre Mitgliederzahl von 30 auf 50 zu erhöhen, für die politischen Gefangenen 10 Mark und für die Rote-Hilfe-Pioniere 10 Mark zu sammeln. Ferner wollen sie 50 Zeitungen vertreiben, und eine Mundharmonikagruppe bilden. Wöchentlich wollen sie der Bezirksleitung der Rote-Hilfe-Pioniere Bericht über den Stand des Wettbewerbs geben. Wir erwarten, daß die Ortsgruppe **Dittersbach** sich zum Wettbewerb stellen wird.

Sie kommen jede Woche im Parteilokal zusammen.

Achtung, Kolporteure und Straßenhändler!

Der „Feiertage" wegen ist es erwünscht, die Verkaufszeitungen für Sonnabend, den 26. März, schon Anfang der Woche zu bestellen.

Der Verlag

Christliche Arbeiter, kämpft mit in roter Einheitsfront!

Katholischer Klerus macht eine Familie unglücklich

Arbeiterjunge ohne Grund in Zwangserziehung gebracht — Katholische Arbeiterfrau kommt zum Kommunismus

Grünberg. Vor einiger Zeit wurde der dreizehnjährige katholische Schüler Paul Strauch seiner Mutter gewaltsam entrissen und in Zwangserziehung gebracht. Die ahnungslose Mutter wandte sich an das Jugendamt, um die Gründe für diese Maßnahme zu erforschen. Dort wurde ihr durch den Berufsvormund Ristau mitgeteilt, daß der Junge total verwahrlost sei. Die Mutter des Kindes, deren Mann vor einigen Jahren gestorben ist, wurde obendrein noch in schamloser Weise beleidigt. So lautete auch der Beschluß des Jugendgerichtes auf „Zwangserziehung wegen Verwahrlosung". Auch der Pfarrer und der Vorsitzende des katholischen Elternbeirates, Herr Graßmann, erklärten sich mit dem Gerichtsbeschluß einverstanden. In ihrer Verzweiflung wandte sich die Frau an einen Kommunalvertreter der KPD. Der Stein kam ins Rollen. Es wurde sofort Berufung beim Landgericht Glogau eingelegt. Die Untersuchung ergab, daß die Begründung für die Zwangserziehung in verlogenster und schamlosester Weise von dem „Musterpädagogen" Lehrer Fröhlich fabriziert worden ist. Fröhlich soll auf diesem Gebiete schon einige Berühmtheit erlangt haben. Die Rolle des Herrn Graßmann als Vorsitzender des Elternbeirats bestand nun darin, die ganze für die katholische Kirche unangenehm gewordene Angelegenheit zu vertuschen. Dauernd versuchte er die Frau zu bearbeiten, damit sie doch von den bösen Kommunisten ablasse.

Die Frau Strauch aber, die bisher noch Mitglied verschiedener katholischer Vereine war, hat erkannt, daß nur die Kommunisten ihre wahren Freunde sind,

und hat diesem Herrn Graßmann deutlich zu verstehen gegeben, daß sie ihn nicht wiederzusehen wünscht. Sie hat ihre Konsequenzen gezogen.

Wir kommen auf diese ganze Angelegenheit noch einmal zurück. Die christlichen Arbeiter mögen erkennen, daß, wenn sie vor einem ähnlichen Unglück bewahrt bleiben wollen, der Kirche den Rücken kehren müssen und auch ihre Kinder von der geistigen Fessel befreien müssen.

Schickt eure Kinder zu den roten Jungpionieren, dort werden sie im Geiste der revolutionären Arbeiterschaft erzogen. Schulentlassene, kommt und kämpft mit in den Reihen des Kommunistischen Jugendverbandes!

Rote Einheitsfront schlägt Faschismus nieder

Friedland bei Waldenburg. An dem roten Friedland beißen sich die Nazi die Zähne aus. Hier stehen die Proleten zusammen in roter Einheitsfront. Am Vortage und in der Nacht vor der Wahl war es den Nazis hier nicht möglich, ihre „Munition" an die Masse zu bringen. Sie mußten ihre Mörderfahne unter dem Druck der Arbeitermassen verschwinden lassen. Die Proleten werden nicht zulassen, daß die Mörderfahne noch jemals in Friedland provoziert! Sie stehen unter Führung der KPD. zur roten Einheitsfront. Sie standen am Tage vor der Wahl in Massen, zu Hunderten auf der Straße bis spät in die Nacht. Die Nazis waren in ihrem braunen Heim buchstäblich eingesperrt. Sie mußten sogar die Jalousien herunterlassen. So saßen sie zähneklappernd auf das Dritte Reich hoffend. Erst am Wahlsonntag früh 9 Uhr, konnten sie heraus und abstimmen gehen. Ihre Flugblätter konnten sie behalten. Wenn die Arbeiterschaft aktiv ist, ist der Faschismus erledigt. Weiter so! Stoßt in die Betriebe vor! Schafft dort rote Hochburgen!

Kinderausbeutung in den Förstereien

Hermsdorf. Als ein ganz raffiniertes Ausbeutungsinstitut entpuppte sich die Königliche Privatförsterei in Hermsdorf. Da dieselbe infolge der Zahlung von hundsmiserablen Löhnen für Holzrücken, keine Arbeiter mehr auftreiben kann, hat man jetzt Kinder für diese körperlich schwere Arbeit angeworben. Der Vermittler dieser Kinder ist der den Arbeitern gut bekannte Baumeister Flotsch.

Arbeiteraltern, seid einig und verhindert diese Kinderausbeutung. **Kämpft um Arbeit und Lohn! Werdet Mitglieder der Kommunistischen Partei! Gebt eure Kinder zu den roten Jungpionieren!**

Wenn es zutrifft

daß 3¼ Pfg.-Zigaretten den Raucher nicht befriedigen — weshalb sind dann 50% aller in Deutschland gerauchten Zigaretten 3¼ Pfg.-Marken?

Und weshalb ist jede vierte 3¼ Pfg.-Zigarette mit Gold eine CLUB

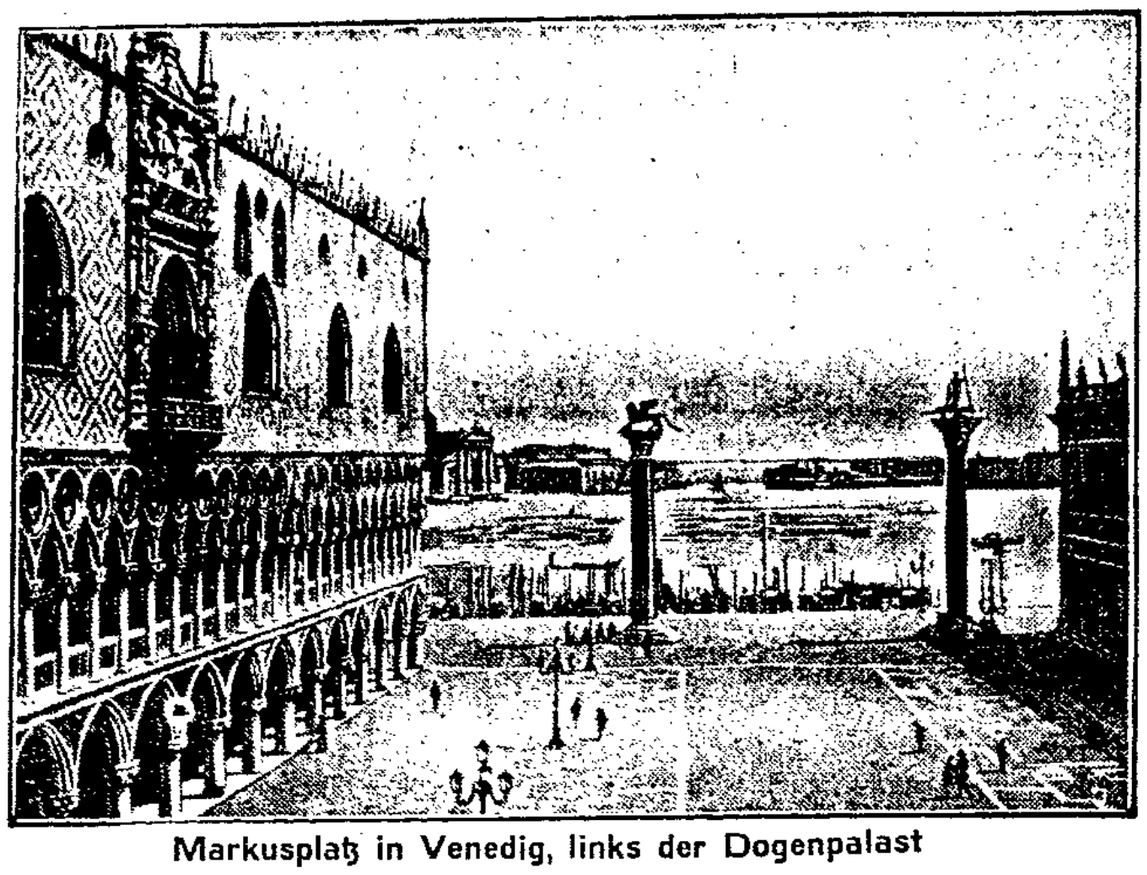
Rund um den Erdball

Zurück über das Mittelalter hinaus

Folterwerkzeuge einst und jetzt — Venedig, die Stadt des Luxus und des ungeheuren Elends

Kennst du Venedig?

Nein, du kennst es sicher nicht. Denn selten nur hat ein Arbeiter oder sogar ein besser bezahlter Angestellter Gelegenheit, bringt er die Mittel auf, sich den Luxus einer solchen Reise leisten zu können. Venedig ist eine jener Städte, wo die, die von der Arbeit anderer leben, zusammenkommen, ist auch die Stadt, wohin Hochzeitspaare, ausgestattet mit der Mitgift der Schwiegereltern, hinreisen, um die sogenannten Honigwochen zu verbringen.



Markusplatz in Venedig, links der Dogenpalast

Venedig ist die Stadt, in dieser Beziehung vielleicht die einzige Stadt der Welt, wo kein Wagen- und kein Autoverkehr vorhanden ist. Der gesamte Verkehr spielt sich auf dem Wasser ab. Mehr denn irgendeine Stadt Italiens lebt Venedig von der sogenannten Fremdenverkehrsindustrie. Diese Stadt besitzt relativ mehr Hotels und Fremdenherbergen, als irgendeine andere Stadt in der Welt. Auch die andere Industrie Venedigs ist auf den Zustrom von Fremden eingestellt. Nippessachen, sogenannte Andenken und dergleichen, werden dort produziert.

Der Faschismus hat für „Ordnung" gesorgt. Früher pflegten auch im Zentrum der Stadt Tausende von Obdachlosen auf den Straßen herumzuliegen. Heute ist das streng verboten. Heute sind die Obdachlosen in die engen Seitenstraßen, in die Peripherie der Stadt abgedrängt. Da stößt man bei Tag und Nacht auf herumliegende Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben, und die Steine der Straßen bilden ihre Kopfkissen. Im Zentrum der Stadt aber, am Markusplatz, dort wo die Reisenden bei der Fütterung der Tauben photographiert werden, dort soll nichts an das Elend und die Not, die in der Stadt herrscht, gemahnen. Dafür sorgt die faschistische Miliz.

Hier im Zentrum sieht man Luxusgeschäfte von einer kaum geahnten Pracht. Hier eilen die Fremden mit Baedekers und anderen Fremdenführern in der Hand, um sich die Sehenswürdigkeiten und die Denkmäler dieser Stadt anzusehen. Und in der Tat, hier gibt es viel zu sehen. Vor allem die Markuskirche und der Dogenpalast sind im Besitze von Bildern der bedeutendsten italienischen Maler vergangener Jahrhunderte.

Du betrittst den Dogenpalast. Viele drängen sich an dich heran, um dir einiges zu erklären, damit sie einige Centesimi für ein Stückchen Brot verdienen. Zumeist sind es Angestellte und Kellner, die so schlecht bezahlt sind, daß sie auf jeden Fremden, der ihnen zugewiesen wird, [illegible]

„Wollen Sie sehen, wie in der Folterkammer?" fragte mich plötzlich der Beamte.

„In der Folterkammer?"

„Ja, ich meine die historische Folterkammer, die schon länger als ein Jahrhundert nicht mehr benutzt wird. Kommen Sie mit! Sie werden hier wahrlich wundervolle Dinge sehen. Da sehen Sie das Brett, auf das der Beschuldigte gespannt wurde, wenn man ein Geständnis aus ihm herausbekommen wollte. Mit dieser Schraube hier wurden seine Beine eingeklemmt. Hier wurden die Nägel in die Fußsohlen geschlagen. Da wurde ihm der Kopf eingezwängt." Und so geht es fort. Ein Ding grauenhafter als das andere. „Ja, ja, das waren bittere Zeiten", betonte der Beamte. „Wehe dem Angeklagten, der in diese Kammer geraten ist. Er war froh und glücklich, wenn sich der Tod rasch eingestellt hatte."

Und heute? Ich komme mit dem Beamten in ein Gespräch. Nachdem wir uns ungefähr 15 Minuten unterhalten hatten, faßte er zu mir Vertrauen. „Vergangene Zeiten", sagte er, „gewiß, gewiß, heute leben wir in einer ganz andern Zeit."

Der Klang seiner Stimme hat sich geändert, sie ist bis zum Flüstern herabgesunken. „In den Gefängnissen — versichere ich Ihnen — unseres faschistischen Italiens ist es heute viel schlimmer als in jenen Jahrhunderten des Mittelalters, wo man offener und brutaler die Folterungen anzuwenden pflegte. Ein Bruder von mir wurde vor einem Jahr verhaftet, weil er es gewagt hat, in einer Versammlung des Syndikats gegen den Lohnraub zu sprechen. Nach zwei Monaten wurde er aus dem Gefängnis zu Grabe getragen. Als ich seine Leiche besichtigte, erkannte ich sie nicht, derart verstümmelt war sie. Ein anderer Bruder verfault — Sie hören —, verfault buchstäblich im Gefängnis. Und ebenfalls aus dem gleichen Grunde. Unser Lohn reicht nicht fürs trockene Stückchen Brot, und Zehntausende verfaulen in den Gefängnissen, werden dort zu Tode gefoltert."

Schritte wurden hörbar, und der Beamte brach sein Gespräch ab. Als ich aus dem Dogenpalast heraustrat, strahlte mir wieder der Luxus Venedigs entgegen. Ein großes Gefängnis, mit Glanz und Luxus überkleidet . . .

Leo. W.

Gewaltige Mengen Tabak werden verbrannt

Konstantinopel, 20. März. Der Kongreß der türkischen Kaufleute und Tabakhändler beschloß, die mittleren und die schlechten Tabaksorten zu verbrennen, um den Preis des orientalischen Tabaks auf dem Weltmarkt aufrechtzuerhalten. Es sollen 80 000 Meterzentner Tabak verbrannt werden. Die türkische Regierung hat den Plan gebilligt.

Also hier zeigen sich wieder einmal deutlich die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaft. Nicht nur werden in den Vereinigten Staaten gewaltige Schiffsladungen Weizen und Baumwolle und in Südamerika ungeheure Mengen Kaffee ins Meer versenkt, sondern auch in der Türkei ist man dazu übergegangen, gewaltige Mengen von Tabak zu verbrennen, um den Preis zu halten. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß in ganz Kleinasien die Feigen und Trauben auf den Bäumen verfaulen, weil es den Besitzern nicht mehr lohnt, die Ernte einzubringen. Auf der einen Seite hungern Millionen, haben Millionen nichts anzuziehen, und auf der anderen Seite werden gewaltige Mengen der wertvollsten Produkte vernichtet. Dabei gehen, wie in unserem konkreten Fall in der Türkei, zehn- und hunderttausende Bauern und Landarbeiter, die in der Tabak- und Rosinenkultur beschäftigt sind, zugrunde. Nur eine sozialistische Wirtschaft, wie sie in der Sowjetunion herrscht, kann diesen ungeheuerlichen Dingen ein Ende bereiten.

Uebers „Dritte Reich" in den Tod

Studienrat begeht Selbstmord

Leipzig, 20. März. Ein Selbstmordvorfall, der sich vor einigen Tagen ereignet hat, hat heute seine Aufklärung gefunden. Vor einigen Tagen, zwei Tage nach der Wahl, hat der 30jährige Doktor Heinz Wilke sich aus dem Fenster gestürzt. Er ist gleich nach der Ueberführung ins Spital den Verletzungen erlegen.

Nun hat man einen Brief von ihm gefunden, aus dem folgendes hervorgeht: Dr. Heinz Wilke war ein Mitglied der NSDAP. und hat seine ganze Hoffnung auf Hitlers „Drittes Reich" gesetzt. In den letzten Tagen sind Zweifel bei ihm aufgetreten, die ganze Phraseologie des „Dritten Reiches" zerflatterte, sein Glauben brach zusammen, er sah, daß das, was er für echt genommen hat, nur eitler Trug war. In seinem Briefe heißt es wörtlich: „Meine Weltanschauung bricht zusammen." Dasselbe hat er auch gegenüber seinen Schülern geäußert. Und schließlich beging er Selbstmord.

Ja, die Wahnvorstellung von einem „Dritten Reich", dieses von Hitler, Rosenberg und Goebbels errichtete Truggebäude, wird vielen, die so verblendet waren, daran zu glauben, zum Verhängnis.

Reklame

In Berlin wurde am 19. März die erste Tagung des deutschen Reklameverbandes eröffnet. Durch Reklame will man der bankrotten Wirtschaft wieder auf die Beine helfen.

In den letzten Jahren ist eine große Reklamewissenschaft entstanden. In Europa und in Amerika werden Hochschulen für Reklame eröffnet.

Reklame als Kunst, Reklame als Wissenschaft. Durch die Zeitung, durchs Kino, durch Auslagen versucht man Waren anzupreisen, den Käufer anzulocken. Die Reklame soll es schaffen.

Vor den Auslagen großer Delikatessenhandlungen sieht man sehr oft Arbeitslose stehen. Aus ihren Augen spricht der Hunger. Sie wollen kaufen, besitzen aber nicht die Mittel dazu.

Ist es notwendig, hier Reklame anzuwenden? Lohnabbau und Arbeitslosigkeit haben die Kaufkraft der Massen erschlagen. Die kapitalistische Krise hat das Lebensniveau des werktätigen Volkes aufs tiefste herabgedrückt. Ist es nicht ein Hohn, wenn man diesen Massen gegenüber Reklame anwendet, wenn man versucht, ihnen Waren anzupreisen?

Gerade in der Reklametagung zeigt sich der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaft, diese ganze Tagung ist unwillkürlich ein Hohn auf das herrschende System.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Kommunefeier in einem rumänischen Gefängnis

Kampf mit der Gendarmerie

Bukarest, 20. März. Im Gefängnis von Tâgina, wo eine große Anzahl politischer Gefangener, zumeist Kommunisten, untergebracht sind, kam es vor zwei Tagen zu schweren Kämpfen zwischen den Gefangenen auf der einen Seite, den Aufsehern und den Gendarmen auf der anderen Seite. Die Gefangenen hatten nämlich untereinander verabredet, am 18. März eine Kommunefeier abzuhalten. Die Gefängnisverwaltung hat von diesem Plan erfahren und große Abteilungen Gendarmerie zusammengezogen. Kaum waren die Gefangenen zusammengekommen, als die Gendarmerie einen Ueberfall unternahm. Sie versuchte den Gefangenen Muzir festzunehmen und aus dem Gefängnis zu entfernen.

Da die Gefangenen wußten, daß eine Wegführung Muzirs seinen Tod bedeuten würde, denn solche Gefangene werden gewöhnlich auf der „Flucht" erschossen, setzten sie sich zur Wehr. Es kam zu schweren Kämpfen, die mehrere Stunden dauerten. Den Gefangenen ist es gelungen, einen Teil der Gendarmen zu entwaffnen und mit diesen Waffen nahmen sie den Kampf gegen die Aufseher und Gendarmen auf. Erst nach mehreren Stunden ist es der Gendarmerie, die aus der ganzen Umgebung Verstärkung herbeigezogen hatte, gelungen, den Widerstand der Gefangenen zu brechen.

Die gesamte Presse, auch die bürgerliche, spricht von dem heroischen Kampf, den die Gefangenen geführt haben.

Offiziere hausen . . . bum, bum, bum

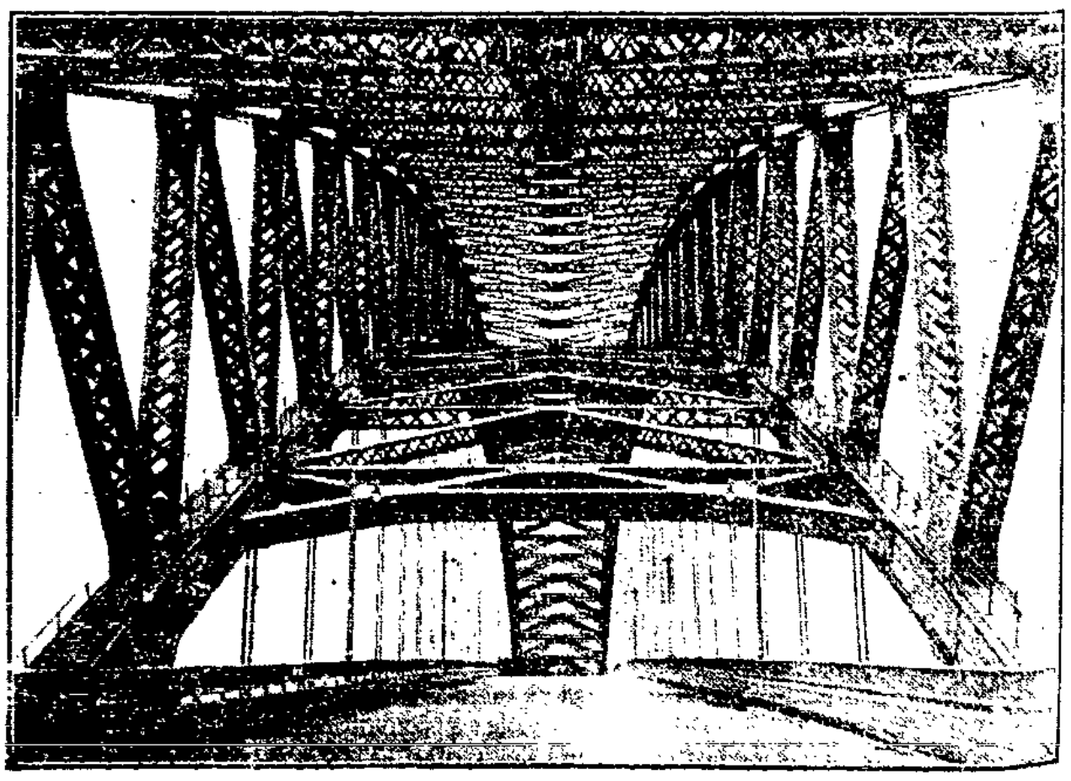
Ermorden im Blutrausch zwei Kellner

Bukarest, 21. März. Eine schwere Bluttat haben hier zwei Offiziere vollbracht. Die Leutnants Paul und John Petreanu, zwei Brüder, hatten mit einigen Kameraden ein Zechgelage veranstaltet. Als man ihnen keine Getränke mehr verabreichen wollte, stürzten sie sich auf die Kellner und stachen mit ihren Bajonetten solange auf sie ein, bis zwei von ihnen tot zusammenbrachen. Die Polizei hat gegen die mordenden Offiziere nichts unternommen.

So hausen die Offiziere in ganz Rumänien. Die Bevölkerung und besonders die Arbeiter sind ihrer Willkür ausgeliefert. Saufen und Morden ist die Hauptbeschäftigung dieser Banditen.

Die Brücke mit dem größten Brückenbogen der Welt

Bei der Eröffnung der neuen Hafenbrücke in Sidney (Australien) kam es zu einem unerwarteten Zwischenfall: noch ehe der Ministerpräsident von Neusüdwales seine Eröffnungsrede beendet hatte, ritt ein Polizist, Faschist, im scharfen Galopp vor, durchschnitt mit seinem Säbel das Seil und rief: „Ich erkläre die Brücke für eröffnet!" Der Offizier wurde verhaftet. — Unser Bild gibt eine Vorstellung von den riesigen Ausmaßen dieser Brücke, die eine Spannweite von beinahe 500 Metern hat und damit der größte Brückenbogen der Welt ist. Der Bau [illegible] und fast [illegible] Millionen Mark gekostet.



Breslau

Pohl-„Mokka Louis“ bekommt Entschädigung

Vor einigen Tagen ging durch alle Breslauer Zeitungen die Meldung, daß in der Mordsache an der Prostituierten Schulz ein neues Verfahren gegen Schiewel nicht mehr eingeleitet würde. Der wegen dieses Mordes unter Anklage gestandene Bäcker Hermann Pohl, im Volksmunde genannt Mokka-Louis, ist im stattgefundenen Wiederaufnahmeverfahren wegen erwiesener Unschuld freigesprochen worden. Bei der Urteilsverkündung wurde ausdrücklich zum Ausdruck gebracht, daß der Staat zur Zahlung einer Entschädigung verpflichtet sei, und so mancher ahnungslose Zeitungsleser wird bei Bekanntwerden dieses Urteils der Auffassung gewesen sein, daß wir doch in einem „Rechtsstaate“ leben.

Inzwischen sind jedoch bereits zwei Monate ins Land gegangen, aber an die Auszahlung der Entschädigung dachte bisher die zuständige Stelle keineswegs. Man ist eben im Nehmen schneller, als im Geben, das heißt, wenn man überhaupt etwas gibt. Im vorliegenden Falle scheint dies nicht der Fall zu sein, denn die Justitia versucht, Pohl die zugesprochene Entschädigung nicht zur Auszahlung zu bringen. Entschädigungen werden nach dem Gesetz (!) nur gezahlt, wenn eine wirtschaftliche Schädigung für den betreffenden vorliegt. Dies soll bei Pohl nicht der Fall sein, obwohl er viele Monate unschuldig im Zuchthaus gesessen und runtergekommen ist. Die Behörde stützt sich darauf, daß Pohl zurzeit seiner Verurteilung arbeitslos war und inzwischen auch keine Arbeit bekommen hätte. (!)

Anders als die Justizia denkt das Breslauer Wohlfahrtsamt. Vor einigen Tagen wurde Pohl auf das Wohlfahrtsamt geladen. In der Annahme, von dort eine Arbeit zugewiesen zu erhalten, ging P. hin. Doch weit gefehlt. Es stellte sich heraus, daß das Wohlfahrtsamt auf die Entschädigung reflektiert, und man teilte dem P. mit, daß das Wohlfahrtsamt 1120 Mark mit Beiblag belege, da er als Erwerbsloser Unterstützung erhalten hatte. P. sollte dies unterschreiben. Er hat es jedoch nicht getan und das mit Recht. Wenn es sich darum handelt, Geld einzutreiben, dann sind die Herren wieder schnell dabei. Dies wirkt umso grotesker, wenn man das obengesagte berücksichtigt, daß die zuständige Stelle noch garnicht daran denkt, die Entschädigung auszuzahlen, obgleich Pohl in körperlicher, seelischer und auch in wirtschaftlicher Beziehung mit Bestimmtheit Schaden erlitten hat.

An diesem Beispiel kann man mit aller Deutlichkeit wieder das „gleiche Recht für alle“ erkennen. Während ein Stadtinspektor Mayer, der mit einem netten Sümmchen das „Wohl der Stadt förderte“, noch obendrein bei der Stadt beschäftigt wird, wie die Gerüchte im Umlauf sind, gibt man dem Pohl nicht nur nicht eine Notstandsarbeit, sondern wartet auf die Gelder, die er ausgezahlt bekommen soll (?), um damit die Sanierung der Vermögenslage der Stadt vorzunehmen. Wenn dann eines Tages die Meldungen wieder durch die Luft schwirren: Einbruch — Pohl — Verbrechen aus Not, usw., dann rümpft der Spießer seine Nase und spricht von den Unverbesserlichen — den Berufsverbrechern

Steinberg „fällt“ die Treppe rauf

Durch die bürgerliche Presse geht die Meldung: **Zum ersten Staatsanwalt ernannt.** Staatsanwaltschaftsrat Steinberg, der bisherige Leiter des politischen Dezernats bei der Staatsanwaltschaft des Breslauer Landgerichts, ist zum ersten Staatsanwalt bei der Oberstaatsanwaltschaft des Oberlandesgerichts Breslau ernannt worden.

Staatsanwaltschaftsrat Steinberg in der Hoffenbewußten revolutionären Arbeiterschaft Breslaus durchaus kein Unbekannter. Unzählige revolutionäre Arbeiter wurden durch seine scharfen Strafanträge auf Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser, in die Zwingburgen der Republik geworfen. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat deshalb Steinberg besonders „in ihr Herz geschlossen“. Oftmals kreuzten die Redakteure unserer Zeitung mit diesem als Kommunistenfresser bekannten Ankläger in geistigem Disput die Klinge. In letzter Zeit hielt sich Steinberg mehr als Akteur hinter den Kulissen. Dadurch kam der durch den Stahlhelmprozeß bekanntgewordene Nazi Staatsanwalt Palschowski mehr ans Tageslicht.

Steinberg ist also für seine dankbare Arbeit für die Republik, die er den ??? Kommunisten gegenüber „erwiesen“ hat, belohnt worden. Ob Steinberg bei dem Oberlandesgericht als Ankläger in politischen Sachen auftreten wird, verschweigt man. Aber recht schamhaft.

Sofort kontrolliert jede Leitung den Litobmann

und sorgt dafür, daß **alle verkaufte Literatur abgerechnet wird.** Sofort legt man in der nächsten Mitgliederversammlung den Vertriebsplan für den 2. Wahlgang fest.

Mit dem Ziel: Jeder Genosse vertreibt Literatur. Der Umsatz wird verdoppelt.

Bezirksleitung.

Aus dem Stadtparlament:

Nur die KPD. vertritt die Interessen der Mieterschaft

Nur durch den außerparlamentarischen Kampf können die Mieter Exmittierungen und Zwangsmaßnahmen verhindern — Karl Pietsch als Büttel der Reaktion Neue Korruptionserscheinungen in Breslau

Breslau. Im Zeichen des Osterburgfriedens tagte gestern nachmittag das „hohe“ der Stadtväter. In gewohnter Weise ratterte die Parlamentsmaschine über die 27 Punkte der Tagesordnung, wovon 9 in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden, hin. Nur bei einigen Punkten verweilte man etwas länger.

Nachdem Genosse Brodde als Stadtverordneter „eingeführt“ war, entspann sich erneut die Debatte über die Wahl des ehrenamtlichen Bezirksvorstehers, gegen den sich die gesamte Front der Reaktion richtet, da er im Verdacht steht, Kommunist zu sein. Dann folgt die Aussprache über die Bewilligung von 5000 Mark zum Umbau des Thalia-Theaters. Als die Frage der Kabelverlegung zur zentralen Einschaltung der Straßenbeleuchtung steht, verwahrt sich Gen. Guhr gegen eventuelle Entlassung von dort Beschäftigten.

SAP. läßt erneut Rektor Felsen im Stich

Zur Wahl des Schulrates schlägt Gen. Adelt den Rektor Felsen vor. Bei der Abstimmung ergibt es sich, daß seine Parteifreunde, die SAPisten, August Siemsen aus Jena in Vorschlag gebracht hatten und ihm ihre Stimmen gaben. Wahrscheinlich sind sie der Meinung, daß hier ein neues SAP.-Licht aufgehen sollte, deshalb ließen sie ihren Genossen Felsen, wie er selbst feststellen mußte, im Stich.

Zur Vorlage 73, Ueberprüfung der Betriebs- und Wirtschaftsführung des Krankenhospitals Allerheiligen, stellte die KPD.-Fraktion einen Zusatzantrag, welchen Gen. Adelt begründet. Er fordert, daß zur Ueberprüfung auch die Arbeitnehmervertreter hinzugezogen werden und daß keinerlei Abbaumaßnahmen beim Pflege- und Ärztepersonal vorgenommen werden darf.

KPD.-Fraktion gegen Pflichtarbeit, für ordentliche Entlohnung

Die Vorlage 65, eine ganz bescheidene Anfrage der SAP. an den Magistrat, wann er gedenkt, die Pflichtarbeit abzuschaffen, Genosse Zylla begründete den von der KPD.-Fraktion eingebrachten Antrag und forderte Abschaffung der Pflichtarbeit in allen Formen. Gleichzeitig brandmarkte er das Lohnsystem und die verschiedene Entrechtung der Pflicht- und Fürsorgearbeiter, die man selbst zwingt, am Lohntag ihr Mietsbuch zur Kontrolle vorzulegen. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Die Unterzeichneten beantragen:

1. **Die Pflichtarbeit in den verschiedenen Formen wird abgeschafft.**
2. **Allen bisher mit Pflichtarbeiten beschäftigten Erwerbslosen, insbesonders auch den jugendlichen Erwerbslosen, ist Fürsorgearbeit zu gewähren.**
3. **Die Fürsorgearbeit soll mindestens 40 Stunden in der Woche betragen. Diejenigen Fürsorgearbeiter, die auf Grund der Anzahl ihrer Familienangehörigen bereits mehr wie 40 Stunden in der Woche beschäftigt werden, behalten die bisher gewährte Anzahl von Arbeitsstunden.**
4. **Die Entlohnung aller Fürsorgearbeiter hat nur nach dem Tarif der städtischen Arbeiter zu erfolgen. Die Anwendung des Forstarbeitertarifs hat zu unterbleiben.**
5. **Die Bestimmung, wonach die Fürsorgearbeiter bei der Lohnauszahlung die Mietsbücher vorzulegen haben, wird zurückgezogen.**

Gegen Räumungsklagen, Pfändungen und Exmittierungen der Mieter

Einen breiteren Raum nahm der Dringlichkeitsantrag der KPD.-Fraktion zur Mieterfrage ein. Genosse Adelt wies in seinen Ausführungen auf die ungeheure Not der Werktätigen hin. Groß ist die Not, die die Arbeiterklasse zu tragen hat, doch noch immer wird sie vergrößert durch die Miets- und Wohnungsfrage. Das muß insbesondere bei den Mietern der Siedlungs-AG. festgestellt werden. Dieselbe geht dazu über, ihre Mieter, die infolge der Arbeitslosigkeit und des fortgesetzten Lohn- und Gehaltsabbaus zahlungsschwach geworden sind, aus ihren Wohnungen zu setzen. Hunderte von Familien sind in den letzten Wochen gekündigt worden. Exmittierungsverfahren gegen sie eingeleitet worden. Weitere Hunderte Familien werden von der Siedlungs-AG. gezwungen, in kleinere und minderwertigere Wohnungen umzusiedeln. Durch diese rigorosen Methoden wird das Wohnungselend noch weiter verschärft. Niemals war der Kampf um die Erhaltung der Wohnung so dringend als gerade jetzt. Deshalb gilt es, mit allen Mitteln gegen die Umsiedlung und gegen die Exmittierungen Stellung zu nehmen. Der Antrag lautet wie folgt:

Die unterzeichneten Stadtverordneten beantragen daher:

1. **Für alle Wohnungen, wo die Mietenfestsetzung dem Magistrat obliegt, werden die Mieten ab sofort auf den Stand vom Januar 1927 (Friedenssatz +100 Prozent) gesenkt. Für Erwerbslose und wirtschaftlich gleich schwache Gruppen erfolgt die Senkung auf den halben Satz der Friedensmiete.**
2. **Die von der Siedlungsgesellschaft AG. eingeleitete Umsiedlung hat zu unterbleiben.**
3. **Alle eingeleiteten Zwangsmaßnahmen wie Pfändungen, Räumungsklagen und Exmittierungen sind sofort einzustellen.**
4. **Alle aus wirtschaftlicher Not entstandenen Mietrückstände werden niedergeschlagen.**
5. **Die zur Umsiedlung für Zahlungsschwache vorgesehenen Wohnungen werden den noch wohnungslosen Familien zugewiesen.**

Dieser Antrag rief den Bürgermeister Mache, „diesen Ahnungslosen“, auf den Plan. Er, als Vorsitzender des Aufsichtsrates erklärte, daß dieser Antrag dem Ausschuß überwiesen werden soll, da er wie aus der Pistole geschossen kommt und man die Verhältnisse erst prüfen müsse. **Die Siedlungsmieter werden gut tun, wenn sie sich diesen ahnungslosen Aufsichtsratsvorsitzenden, der zwar an der Quelle sitzt, doch angeblich von der Not der Mieter nichts wissen will, einmal näher ansehen.** Auch Küchler (SAP.) war ob des Vorstoßes der Kommunisten und ob der vorgetragenen Not der Siedlungsmieter selbst erstaunt, obgleich er in der Siedlung wohnhaft ist. Auch für ihn kam der Antrag zu rasch. Er deutelte und redete daran rum und konnte es sich nicht verkneifen, einen Abänderungsantrag zu Nummer 1 zu stellen und Reichs- und Landesregierung als den „starken Mann“ um Hilfe anzurufen.

Genosse Guhr sprach anschließend zur Altwohnungsfrage. Er wies darauf hin, **daß weit über 1000 Familien in Breslau als Untermieter ohne eigene Wohnung sind, daß über 7000 vorgemerkte Dringlichkeitsfälle Wohnungsuchender vorhanden sind, andererseits aber über 1000 Großwohnungen in Breslau leer stehen und ab 1. April weitere Großwohnungen dazu kommen, daß die bisherige Mietensenkung in keinem annähernden Verhältnis zu den gesunkenen Einkommensverhältnissen der werktätigen Bevölkerung steht usw.** Er reichte nachstehenden Antrag dazu ein:

Unterzeichnete Stadtverordnete beantragen:

Der Magistrat wird aufgefordert, sofort alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen für die wohnungslose Bevölkerung durchzuführen,

die leerstehenden Großwohnungen in Zwei- und Drei-Zimmerwohnungen herrichten zu lassen,

die so geschaffenen Wohnräume unverzüglich durch das Wohnungskommissariat der wohnungslosen werktätigen Bevölkerung zuzuweisen.

Desweiteren eine Senkung der Mieten auf 100 Prozent der Friedensmiete durchzuführen und für Erwerbslose und minderbemittelte Bevölkerungsschichten die Senkung der Mieten auf die Hälfte dieses Satzes festzusetzen.

SPD., die treuesten Diener des Kapitals

Dieser Antrag fand jedoch nicht die genügende Unterstützung, da selbst die SAP. denselben nicht unterstützte, so daß er nicht zur Beratung gestellt wurde. Pietsch von der SPD. leistete sich in dieser Frage die schamlosesten Dinge und bezeichnete den Antrag der Mieter als den Antrag von Illusionisten, dessen Annahme bedeuten würde, daß ab morgen die Mieter keine Miete mehr zahlen wollen (!). Das sind die Sozialdemokraten, die mithelfen die Arbeiter in Not und Elend stoßen und sich dann obendrein darüber lustig machen. **Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten dem Ausschuß überwiesen. Damit soll er auch begraben sein.**

Nachdem noch Stave (SAP.) eine dringliche Anfrage und einen Antrag betreffs der Ausschreibungen von öffentlichen Arbeiten, Lieferungen usw. und noch einige für die Herren der Rechten unangenehme Dinge zur Sprache gebracht hatte, wurde nach langeren Diskussionen die öffentliche Sitzung geschlossen.

In der geheimen Sitzung erntete Karl Pietsch (Leichen-Pietsch) den Beifall der gesamten Rechten, als er sich für die neue Subvention für die Linke Heimann Werke einsetzte. Wieder waren es nur die Kommunisten und z. Teil auch die SAP., die dagegen Stellung nahmen.

Die Filme der Woche

Im **„Ufa“** sieht man „Drei von der Stempelstelle“ ein Film, in dem zum erster Male nicht Generaldirektoren, Edelmütter oder Reine Gardeoffiziere dargestellt werden, sondern — man denke! — Arbeitslose. An dem Fall eines Arbeiters, eines Angestellten und eines Intellektuellen, die alle drei erwerbslos geworden sind und die dann mehr und mehr alle Hoffnungen schwinden lassen, demonstriert man, daß es am Ende doch einen Ausweg aus dem Erwerbslosenelend gibt. Das ist nicht etwa die Errichtung der Diktatur des Proletariats, sondern die Erwerbslosensiedlung. Merkst du, woher der Filmwind weht? Zurück zur Scholle — predigen die Filmkonzessionäre, die noch eben Kasernenhofzauber gemacht haben, nun plötzlich, weil den Massen eingeredet werden soll, daß mit dem kläglichen Erwerbslosensiedlungsprojekt die Arbeitslosigkeit aus der Welt geschafft werden kann. Wir haben es hier mit einem ideologisch sehr gefährlichen Film zu tun, der teilweise nicht einmal schlecht gemacht ist. Hauptrollen: Kampers, Kemp und Wohlbrück.

Das **„Deli“** zeigt den Buster-Keaton Film „Cajanova wider Willen“. Der amerikanische Groteskkomiker radebrecht hier ein schaurliches Deutsch, das man aber gern mit in Kauf nimmt, weil es sonst in diesem Film sehr turbulent zugeht, so daß man aus dem Lachen nicht herauskommt. — Der im Vorprogramm gezeigte Goethe Film der „Ufa“ ist über alles Erwarten dürftig ausgefallen. Vom Dichter Goethe spürt du nicht einen Hauch.

M.

Verlegung von Diensträumen des Arbeitsamtes

Am 29. März 1932 wird die weibliche Abteilung des Arbeitsamtes Breslau von Gartenstraße 3/5 nach der Seminargasse 9 und die Vermittlungsstelle für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau, von der Seminargasse 9 nach der Flurstraße 8, hptr., verlegt.

Das ist Severing-Preußen!

Pro Kopf 2,4 Pfennig für Volksgesundheit — aber 1,91 Mk. für die Kirche

Der Etat des preußischen Wohlfahrtsministeriums weist für die Pflege der Volksgesundheit den lächerlichen Betrag von 12,1 Millionen Mark auf. Das sind abzüglich 3,1 Millionen Verwaltungsgebühren ganze 9 Millionen Mark. Davon gehen aber für Gehälter usw. weitere 8,03 Millionen Mk. ab. Es bleiben also ganze 970 000 Mk., also

für Volksgesundheit 2,4 Pf. pro Kopf jährlich,

gegeben werden.

So sieht es im sozialdemokratisch regierten Preußen aus! Für die Kirche Millionen. Für die Volksgesundheit winzige Mittel. Immer wieder hat die KPD. Anträge im Preußischen Landtag gestellt, die Zuschüsse an die Kirchen zu streichen und für Volkswohlfahrt zu verwenden. Diese Anträge wurden von allen Parteien abgelehnt — von der SPD. bis zu den Nazis!

Gegen dieses System richtet sich der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der Kommunistischen Partei! Am 10. April bei der Reichspräsidentenwahl und am 24. April bei der Preußenwahl müssen die werktätigen Schichten in Stadt und Land mit Ernst Thälmann marschieren gegen Hindenburg-Brüning-Braun-Severing, für ein rotes Preußen in einem freien sozialistischen Rätedeutschland!

Verantwortlich für den politischen Teil Provinz und Lokales: Karl Lindner, Breslau. = Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Zum Kochen von Gemüsen: MAGGI's Fleischbrühe

„Fröhliche Ostern!“

wünscht allseits Herr Brüning und schickt uns seine „Ostereier“ — doch die sind faul

Breslau. Ostern 1931 erschien ein Erlaß des seinerzeit amtierenden Reichsinnenministers Dr. **Wirth** an die Regierungen der Länder, mit der Aufforderung, alle Propaganda und Agitation der revolutionären Organisationen, insbesondere des Verbandes proletarischer Freidenker, mit rücksichtsloser Strenge zu unterdrücken. Vor allen Dingen sollte verhindert werden, daß die Freidenker-Propaganda aufs flache Land hinausgetragen wird. Dieser Erlaß findet Ostern 1932 in Gestalt eines Burgfriedens (Ausnahmezustand) in der Zeit vom 20. März bis 3. April seine weitere Ergänzung. Während dieser Zeit sollen alle politischen, gewerkschaftlichen, atheistischen Versammlungen und Agitationen erstickt werden. Herr Brüning opfert nicht den erdrückten Gott, wie es früher die Urvölker taten, sondern er spendet dem Volke „Ostereier“ in Gestalt von Notverordnungen, Abbau der Sozialversicherungen und Renten, Kürzung der Erwerbslosen-, Wohlfahrtsfürsorge- und Fürsorge für Mutter und Kind.

Die Redakteure von der reaktionären Presse bis hinab zu der der SAP. wetzen die Schnäbel und zwitschern mit den Schwalben um die Wette „zur höheren Ehre des Herrn“. Keine leichte Arbeit für sie, Ostereier zu legen, — die nicht stinken. Am besten kann es noch die SPD.-Presse. Ihr berufsmäßiger goldiger Optimismus läßt sie nicht im Stich. So schwierig die Aufgabe auch ist, den Arbeitern, Mittelständlern und Bauern ein X für ein U vorzumachen, oder zeitgemäß gesagt, eine Seifenblase für ein Osterei auszugeben — Herr Reichskanzler hat's befohlen, also wird's gemacht. Wo käme die „göttliche Weltordnung“ hin, wenn am Tage der „Auferstehung“, wo sich die Erde verjüngt und die Christenheit jubiliert, ausgerechnet der Garten des Herrn Brüning nicht grünte und blühte. Es kommt nur darauf an, wie man es macht, sagte der verstorbene Reichskanzler Hermann Müller. — Man muß dem Volke fest den Glauben lassen. — Und eine gute Ostertimmung genügt und der deutsche Michel „freut sich wie ein Kind“, wenn er die „Ostereierchen“ findet, die ihm der Osterhase des Großkapitalismus gelegt hat.

Doch die Stürme wehen weiter. Selten hat ein Märzsturm so scharf gewetzt, wie dieses Jahr. Der revolutionäre Märzsturm, der seit den Tagen der Pariser Kommune nicht mehr eingeschlafen ist, zeuht wie Kugeln und zeichnet blutige Morgenröte am politischen Firmament. Er wirft Throne um und zerbricht Systeme. Die Ostergloken sollen ihn besänftigen. Doch den werktätigen Massen saust er bereits in den Ohren und hat ihr Blut in Wallung gebracht. Der Drang zur Befreiung bricht sich Bahn.

Hunger und Elend schreiten über die grünenden Felder.

Ueber sechs Millionen Erwerbslose, ebenso viele Kurzarbeiter, 20 Millionen Proletarier leiden bitterste Not. Weitere 20 Millionen wissen nicht, wie es morgen um ihre Existenz bestellt sein wird. Sie fragen: Was soll geschehen mit uns und unseren Kindern? Im Namen der „abendländischen christlichen Kultur“ antwortet Herr Brüning: Es muß gelitten werden!

Auf sozialem und kulturellem Gebiet werden im neuen Preußen-Etat Abstriche in Höhe von 370,6 Millionen Mark gemacht.

Doch wo wird abgestrichen?

Für den „alten“ preußischen Polizeietat wurden im Jahre 1913 103 Millionen, im Braun-Severing-Preußen im Jahre 1921 215 Millionen, und im Jahre 1931 400,5 Millionen ausgegeben. Abstriche hat es mit den Ausgaben für die Wehrhaftmachung. Dagegen werden für Bekämpfung der Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten usw., für Hebammenwesen, Säuglingsfürsorge u. dgl. nur ganze 837 500 Mark verausgabt. Trotzdem im Jahre 1928 nach amtlichen Angaben 14,8 Prozent aller Schulkinder unterernährt waren, gab das Braun-Severing-Preußen für Kinderspeisungen im Jahre 1931 „noch“ 120 000 Mark aus, während 1930 „noch“ 500 000 Mark eingesetzt waren. Drastisch sind die Ausgaben für die gesundheitliche Fürsorge der Schulkinder, wo im Jahre 1930 72 000 Mark, für das Jahr 1931 nur 30 000 Mark übrig blieben. Dagegen aber für die Geistlichkeit aller Schattierungen gibt das „kleinere Uebel“ Braun-Severing nicht weniger als 8,2 Millionen aus.

Alle Menschen, die dazu beitragen, diese faulenden, stinkenden „Ostereier“ des kapitalistischen Systems zu gefährden, werden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft. 6000 politische Gefangene schmachten in den Kerkern der Brüning-Severing-Republik, weil sie dem unterdrückten, nach Wahrheit dürstenden Volke die Wahrheit über den Niedergang des Kapitalismus und den kommunistischen Aufbau in der Sowjetunion berichteten und den Kampf Klasse gegen Klasse zur Befreiung des Proletariats aus dem Joche des kapitalistischen Systems organisierten. Literaturverbrennungen — Belagerungszustand in Deutschland, zur Hemmung des Freiheitskampfes der Arbeiterklasse. Indessen heulen im fernen Osten die Kanonenschlunde der imperialistischen Räuber. Immer bedrohlicher wird die Kriegsgefahr für das einzige Vaterland der Arbeiterklasse, — die Sowjetunion.

Werktätiges Volk, wie lange noch? Laß dich nicht einschläfern! Der Märzwind weht! Die Revolution geht um. Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende, arme Bauern! Die „Ostereier“ Brünings sind faul, sie verpesten die Luft. Auskehren! Bahn frei dem schaffenden Volk! Leben wollen heißt den Sozialismus erringen. Schützt die Sowjetunion! Schützt den sozialistischen Aufbau! Kämpft mit gegen die soziale und kulturelle Reaktion, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Vom Rote-Hilfe-Pionier-Wettbewerb

Die Rote-Hilfe-Pioniere Zentrum nehmen den Wettbewerb der Pioniere von Wei an. Sie werden ihre Pionierschar auf 50 steigern, 175 Zeitungen verkaufen, 20 Mark für die Rote Hilfe und 35 Mark für die Rote-Hilfe-Pioniere sammeln und an politische Gefangene Briefe schreiben. Eine Schulzelle und einen Fußball- und Musikzirkel bilden.

Rote Heimabend ist jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr bei Bom, Hermannstraße 11.

Auch die Rote-Hilfe-Pioniere von Strehlen nehmen den revolutionären Wettbewerb gegen Breslau-Nord auf. Sie verpflichten sich, ihre Mitgliederzahl auf 50 zu steigern, 10 Mark für die Rote Hilfe und 30 Mark für die Rote-Hilfe-Pioniere zu sammeln, 100 Zeitungen zu verkaufen, zweimal Haus- und Hofpropaganda zu veranstalten und regen Briefverkehr mit den fünf politischen Gefangenen Strehlens zu führen. Ferner eine Schulzelle, einen Turn-, einen Fußball- und einen Musikzirkel und eine neue Rote-Hilfe-Pioniergruppe zu gründen.

Ihr Heimabend ist jeden Mittwoch von 15 bis 18 Uhr bei Köhler, Breslauer Straße 51/52.

Achtung, Freidenker!

Heute Dienstag, den 22. März, 20 Uhr, findet im Lokal Bräuer, Gabitzstraße, eine Mitgliederversammlung statt, wo alle Mitglieder zu erscheinen haben. Stellungnahme zu den Urwahlen am 25. März. Diese Versammlung gilt für den Stadtteil Süd.

Am Mittwoch, dem 23. März, findet im Gewerkschaftshaus die gleiche Versammlung statt; sie gilt für den Stadtteil Ost. Sie ist einberufen vom Ortsgruppenvorstand Tschirner.

Genossen, erscheint restlos und tretet für die Zurücknahme des Ausschlusses des Genossen Felsen ein.

Alles bei der Urwahl für die Liste Nr. 2 „Revolutionäre Opposition“.

Rote Hilfe Breslau-Nord. Dienstag, den 22. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Stadt Namslau“, Matthiasstraße. Der Genosse Fritz Zylla spricht zu den letzten Präsidentenwahlen. Außerdem Besprechung unserer zukünftigen Arbeit.

Freidenker, mit wem?

Mit Pieksch und den „Konkordatssozialisten“, die über 167 Millionen Mark jährlich für die Pfaffen, aber keinen Pfennig für die Blinden, für Kinderspeisung und gebärende Mütter übrig haben? — Oder

Mit der „Revolut. Opposition“ im DFV.

Gegen Kulturreaktion!

Für Trennung von Staat und Kirche, Kirche und Schule! Für sozialistischen Kulturaufbau und Verteidigung der Sowjetunion!

Jedes Mitglied des Deutschen Freidenker-Verbandes gibt bei den Urwahlen am 25. März seine Stimme der Liste 2, „Revolutionäre Opposition“!

Die Genossen, die am Freitag, dem 25. März, nicht in Breslau sind, erfüllen heute bereits ihre Wahlpflicht und wählen Liste 2, „Revolutionäre Opposition“!

Baufälliger Schweinestall als Wohnung

Sauzustände im Polizeigewahrsam — SPD. und Bürgermeister von Tschirnau gegen die Hungernden und Notleidenden

Tschirnau, Kr. Guhrau. Die **Stadt Tschirnau** hat seit jeher mit den Finanzen schwer zu kämpfen. Ob und wie der damalige **Kämmerer Wehnelt** daran schuld hatte, wird wohl nicht ganz in die Oeffentlichkeit kommen. Die Tatsache aber, daß die SPD.-Bonzen bei der Wahl zum Bürgermeister ihre Stimmen auf Herrn Wehnelt, nach all den Sachen die vorgekommen waren, vereinten, zeigt nur, wie die SPD. gegen die Arbeiter in Tschirnau ist. Herr Wehnelt kann nun schalten und walten wie er will. Andere Menschen sind für ihn nichts mehr, seitdem er gekröntes Haupt von Tschirnau ist. Hier einiges über die unerhörten Zustände in Tschirnau:

Die Zustände in dem Polizeigewahrsam spotten jeder Beschreibung. Die sich obdachlos Meldenden werden ganz einfach in Zellen eingeschlossen, es haben die betreffenden nicht einmal Gelegenheit zum Austreten. Sie machen dann ganz einfach in Tüten und der Inhalt wird dann unter den Pritschen verwahrt. Es kümmert sich kein Bürgermeister um Sauberkeit. Licht müssen sich die Obdachlosen selbst kaufen, auch wird ihnen noch ein Betrag für Heizung abgezogen. Wie es nun in den Zellen selbst aussieht, spottet jeder Beschreibung. Um das Reinigen kümmert sich niemand. Was da alles verschleppt wird, ist skandalmäßig und direkt gesundheitsgefährlich.

Als in den letzten Tagen einmal ein hiesiger Bürger auf Betreiben eines Breslauer überfluchteten Sekretärs, einige Stunden im Polizeigewahrsam widerrechtlich gehalten wurde, machte er auf die Sauzustände in der Zelle aufmerksam, denn der Gestank war schon bis auf dem Marktplatz zu riechen. Er schlug Lärm. Darauf wurde der Arbeiter G. mit dem Hinausschaffen der Spartüten beauftragt. Als er dafür Bezahlung erbat, wurde ihm gesagt: „Wenn du die inhaftiert gewesenen mal triffst, kannst dich von ihnen bezahlen lassen, die Polizei habe keine Mittel dafür.“ So also wird in Tschirnau gewirtschaftet.

Was aber sich Herr Wehnelt noch leistet, das ist wert, an die Oeffentlichkeit gebracht zu werden.

Bei einem Genossen ist infolge Wohnungszwangs die Tochter des Genossen B. in die Wohnung gezogen. Herr Wehnelt sendet nun schnell Polizei dahin (es sind ja keine Nazis) und fordert von dem Vermieter die sofortige Entfernung der Untermieterin, trotzdem der Hauswirt mit der Untervermietung einverstanden war. Eine große Aktion wurde in Gang gesetzt, nicht aber etwa aus Sparsamkeitsrücksichten. Dauernd wurde die Polizei dem Genossen in das Haus geschickt. Die Tochter des Genossen sah sich gezwungen, nun eigene Wohnung zu mieten. Nun erfrecht sich der Bürgermeister weiter, auch noch festzustellen, ob die Betreffende auch in der Nacht in der Wohnung schläft. Wohl deshalb, weil die Genossin zurückgezogen lebt, was macht da der brave Herr Wehnelt? Er verweigert ihr die 30 Prozent der Wohlfahrtsunterstützung schon seit acht Wochen. Herr Wehnelt kümmert sich sonst um nichts.

Der Arbeiter Aßmann muß in einem baufälligen Schweinestall wohnen. In einem Raum von zehn Quadratmeter müssen Mann und Frau und zwei größere Kinder hausen.

Den zweiten Raum hat man ihm einfach weggenommen. Durch die Wände kann man die Hände stecken. Keiner der SPD.-Stadtverordneten kümmert sich um die Sauzustände. Hauptsache, Nadler und Gen. helfen dem Herrn Wehnelt in seinem Posten, und dafür werden sie dann auch besonders mit Winterkohle bedacht. Arbeiter von Tschirnau, so arbeiten eure Vertreter, so werdet ihr ausgebeutet, merkt ihr nicht, daß ihr auf das Unerhörteste betrogen werdet?

Wählt nur solche in das Stadtparlament, die auch eure Interessen wirklich vertreten und der ganzen Bürgermeisterei mal bißchen über den Rücken sehen. Ihr habt hier Gelegenheit in der Ortsgruppe der KPD. alle eure Beschwerden vorzutragen und könnt gewiß sein, nur hier werden eure Sachen gut vertreten werden. Nicht bei der SPD. und nicht bei den Reichsbannern. Eure Groschen müssen zu schade für diese sein, denn ihr seht es an Weber, der dafür nur noch per Auto fährt, und wenn es wenige Schritte sind. Alles nur von eurem Geld. Ihr erhaltet nicht einmal ein Paar Schuhe von der von solchen Elementen verteilten Winterhilfe. Um euch und euer Elend kümmern die sich nicht. Die sitzen die ganze Woche in der warmen Stube und werden dick und fett, warten nur auf eure Groschen und Liebesgaben.

Aber auch den Tschirnauer Nazis sagen wir: Laßt ab von dem Abreißen unserer Versammlungszettel! Werdet ihr noch nicht von den Inspektoren und Gutsbesitzern genügend ausgebeutet und betrogen? Seht ihr nicht von Tag zu Tag euer Elend größer werden? Laßt diese Krautjunker unter sich allein! Jeder Arbeiter gehört in die rote Einheitsfront, muß mit kämpfen für Arbeit, Brot, Lohn und Freiheit und die „Arbeiter-Zeitung“ lesen!

Volksbund für Mutterschutz

Freiburg. Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Volksbundes für Mutterschutz, die im Gasthof „Zum goldenen Frieden“ in Polsnitz tagte, lehnte die kommissarische Einsetzung der Frau Berta Krause durch den Bundesvorstand Glotz, Görlitz, als eine Provokation ab und wählte aus sich heraus einen neuen Vorstand. Die Versammlung besteht einstimmig darauf, aus dem Bezirk Görlitz auszutreten und sich dem Bezirk Liegnitz anzuschließen.

Zu der Schutzmittelabgabe wurde folgender Vorschlag angenommen:

„Die Abgabe erfolgt alle Freitage im Laden der Arbeiter-Wohlfahrt, Bismarckstraße 3, von 17 bis 20 Uhr. Daselbst Beratung in allen Fragen. Nächste Woche, weil Feiertag, bereits Donnerstags. Wir bitten die Mitglieder, den Schritt zum Bezirk Liegnitz mitzumachen und die betreffende Erklärung den Unterkassierern abzugeben.

Im Auftrage für den neugewählten Vorstand:
Richard Friemel.“

Die werktätige Bauernschaft hat sich ihre eigene Zeitung geschaffen, die

Illustrierte Bauern-Zeitung

Das Wochenblatt des schaffenden Landvolks. Erscheint alle 14 Tage. Preis 10 Pfg. Probedrucke kostenlos.

Achtung! Achtung!

Arbeiter-Korrespondenten!

1. **Schreibe den Wortlaut Deines Artikels immer mit Tinte, nicht mit Blei- oder Tintenstift. Tinte ist am besten zu lesen.**
2. **Schreibe deutlich; Du erleichterst Deinen Arbeitskollegen in der Druckerei die Arbeit.**
3. **Schreibe immer nur auf eine Seite des Papiers; die Rückseite soll nicht beschrieben sein, das ist beim Setzen des Artikels von Vorteil.**
4. **Schreibe nie engzeilig; lasse jede Zeile mit etwas Abstand der andern folgen; man kann dann leichter eventuelle Korrekturen vornehmen.**
5. **Schreibe Deine Artikel kurz und sachlich, sonst nimmst Du unnötig den Raum für andere Korrespondenzen weg.**
6. **Schreibe über alle Vorfälle sofort, damit der Inhalt des Artikels immer aktuell ist.**

Die Redaktion.

Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne unter gleichzeitiger Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbeleges ist folgender: Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstenschnitt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mißfarbene Zahnbelag ist verschwunden und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Hüten Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnwaiie. Unter-Vorkriegspreise.

Schauspielhaus
Täglich 8 Uhr
Ostersonntag und Ostermontag, 3½ Uhr
Gastspiel
Rita Georg
Die Dubarry
Kleine Preise

Ich bin **noch** billiger!
Das wahre Volksgetränk ist:
PRIMA VISTA Der Kräuterwein
goldsüß oder rotsüß
RM. 0.88 ein ganzer Liter
Cyder, süßer Apfelwein
nur **RM. 0.58** per Liter
PAUL SCHIRDUAN Gegründet 1815
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
Gräbschener Str. 37 — Alsenstr. 23
Gneisenaustr. 3

Existenz! Garantie-Verdienst!
Dauerbeschäftigung hoh. Provisionen erhalten Sie v. uns mit unsr. Schnellstrickmaschine. Kein Risiko u. Vorkenntnisse, nur Ausdauer erforderlich. Verl. Sie noch heute Gratisauskunft v. Fr. J. Kersting & Co. Bielefeld-Halensee 24. Liefert auch von Behörden.

Bei Drucksachen-Bedarf rufen Sie bitte Nr. 46455 an / FORTSCHRITT AG Druckereifiliale Breslau

Pariser Polizei ermordet Bauarbeiter

Paris, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) In Vitry sur Seine, einem Vorort von Paris, hielten erwerbslose Bauarbeiter auf einer Großbaustelle, wo 300 bis 400 Bauarbeiter beschäftigt sind, mit diesen eine Kundgebung gegen die untertarifliche Bezahlung, Ueberstundenarbeit und die dort herrschenden miserablen Zustände ab und forderten die Bauarbeiter auf, an der für den 24. März vom Revolutionären Bauarbeiterverband angesetzten Demonstration teilzunehmen.

Während der Kundgebung drang Polizei auf die Baustelle und forderte die betriebsfremden Bauarbeiter auf, die Baustelle zu verlassen. Aber die Bauarbeiter erklärten, daß die Polizei betriebsfremd sei und zuerst die Baustelle zu verlassen habe. **Darauf schoß die Polizei die Genossen Fritsch und Palaric nieder. Genosse Fritsch, der seit 30 Jahren gewerkschaftlich organisiert ist, verstarb im Krankenhaus an seiner schweren Verletzung.**

Durch einen Steinhagel setzten sich die Bauarbeiter zur Wehr und verletzten einige Polizisten. Der kommunistische Bürgermeister des Ortes sowie die Bevölkerung nahmen die erwerbslosen Bauarbeiter von den Verhaftungsversuchen der Polizei in Schutz. Der Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs entsandte heute die besten Delegierten vor die Betriebe, deren Berichterstattung über das Blutbad stürmische Kundgebungen der Betriebsproleten gegen die Polizei auslöste.

Neue Verhaftungen in Schanghai

TU. Schanghai, 20. März. Am Sonntag hat die chinesische Polizei den ganzen Vorstand der „Patriotischen Liga" verhaftet, da sie Demonstrationen gegen die Anwesenheit der Mitglieder der Völkerbundsdelegation zur Untersuchung der politischen Lage im Fernen Osten in Schanghai veranstalten wollte. Bei den Verhafteten wurden Flugblätter und anderer kommunistischer Lesestoff gefunden. Unter den Festgenommenen ist auch der ehemalige Direktor der Kulturabteilung der chinesischen Ostbahn Dr. Sanschen.

Vorwärts geht's wo Kommunisten regieren!

Moskau, 21. März. Die Produktion der sowjetrussischen Schwerindustrie im Monat Februar 1932 ist, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, gegenüber der des Monats Februar 1931 im Durchschnitt um 38 Prozent gestiegen. Die stärkste Produktionszunahme wiesen die Kohlen-, die Eisen- und Metallindustrie mit 42 Prozent, die Maschinenbauindustrie und die Elektroindustrie mit je 47 Prozent auf.

Schätze, die dem Volk gehören

(TU.) **Moskau**, 21. März. Die sowjetamtliche Telegraphenagentur verbreitet eine Aufstellung des Staatsplanausschusses über die Ergebnisse der geologischen Forschungen der Akademie der Wissenschaften. Danach verfügt Sowjetrußland an Bodenschätzen über 1 Billion (tausend Milliarden) Tonnen Kohle, 65 Milliarden Tonnen Torf, 37 Milliarden Tonnen Eisenerze, Hunderte Millionen Tonnen Manganerz und ungezählte Millionen Tonnen Kupfer, Nickel usw. Die russischen Ströme können eine Energie von 65 Millionen PS liefern, während die Wälder einen Holzvorrat von 18 Milliarden Tonnen umfassen.

Die Mitteilung hebt hervor, daß diese Ziffern, die anscheinend nur rohe Schätzungen darstellen, noch längst nicht alle jene unerschöpflichen Vorräte an Naturreichtümern enthalten, deren Erforschung zurzeit energisch in Angriff genommen worden sei als Voraussetzung zur Durchführung des zweiten Fünfjahrplans.

Arbeitslosendemonstration in Italien

Zunehmende Arbeitslosigkeit im „Dritten Reich" Mussolinis

Von der italienischen Grenze, 19. März.

Die faschistischen Zeitungen veröffentlichen die Arbeitslosenzahlen für Januar 1932, die natürlich weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Am 31. Januar soll die Zahl der Arbeitslosen in Italien 1 051 321 betragen haben, von denen etwa 250 000 Unterstützung bezogen. Da die wirkliche Arbeitslosenziffer etwa 3 Millionen beträgt, sind also weniger als 10 Prozent im Bezug der ohnehin so jämmerlichen Arbeitslosenunterstützung. Im Januar 1931 waren 722 612 Arbeitslose gezählt worden, im Dezember 1931 982 321, im Dezember 1924 150 449. Von den Arbeitslosen entfallen 207 475 auf die Lombardei, 163 423 auf Venetien, 144 182 auf Emilien, 101 028 auf Piemont usw. Unter den Arbeitslosen gibt es 250 151 Landarbeiter, 362 232 Bauarbeiter, 137 281 Textilarbeiter, 92 183 Metallarbeiter usw. Alle diese Angaben entstammen der faschistischen Statistik, die auch die Zahl der arbeitslosen Männer mit 802 890 und die der Frauen mit 248 461 angibt.

In der letzten Zeit haben sich die Kundgebungen von Arbeitslosen Italiens stark vermehrt. In Reggio Emilia waren bei starkem Schneefall 3000 Arbeitslose zum Sitz der faschistischen Gewerkschaften gezogen, in der Hoffnung, bei der Wegräumung der Schneemassen Arbeit zu finden, doch wurden nur wenige beschäftigt. Am nächsten Tage sammelten sich bei 14 Grad Kälte 1500 Arbeitslose und veranstalteten eine Kundgebung, wobei es zu Zusammenstößen und zu Verhaftungen kam. In Andria demonstrierten mehrere hunderte Arbeitslose vor dem ehemaligen Volkshaus, in dem sich jetzt die faschistischen Gewerkschaften befinden. In Cerro Maggiore bei Mailand demonstrierten Arbeitslose unter dem Gesang revolutionärer Lieder; es wurden 20 Verhaftungen vorgenommen. In Saronno nächst Mailand fand gleichfalls eine große Arbeitslosenkundgebung statt; **die dabei Verhafteten mußten unter dem Druck der Arbeiter wieder freigelassen werden.**

Kuomintang mit Japan unter einer Decke

Die Waffenstillstandsverhandlungen von Schanghai — Japan will seine Truppen von Schanghai nach der Mandschurei werfen — Tschangkaischek stoppt Verteidigung

Schanghai, 21. März. (Europa-Preß). In Gegenwart der Gesandten von Frankreich, Großbritannien, der Vereinigten Staaten und des italienischen Geschäftsträgers haben sich in Schanghai der stellvertretende Außenminister und der japanische Gesandte mündlich über die Waffenstillstandsbedingungen geeinigt. Falls die beiden Regierungen das Abkommen billigen, sollen die Verhandlungen beschleunigt abgeschlossen werden. Man glaubt zu wissen, daß die Ernennung einer zwölfköpfigen gemischten Kommission vereinbart worden ist, in der China, Japan, Frankreich, die Vereinigten Staaten und Italien durch je eine Zivilperson und einen militärischen Beauftragten verteten sein sollen. Diese Kommission hätte die Zurückziehung der japanischen Truppen aus dem Gebiet von Schanghai zu überwachen.

Man muß die wahren Hintergründe der Verhandlungen von Schanghai kennen, um ihre Bedeutung würdigen zu können. Der japanische Unterhändler in Schanghai, Matsuoka, hat sie enthüllt, als er vor amerikanischen Pressevertretern erklärte, daß die chinesische Unnachgiebigkeit die

dringend notwendige Verschiebung japanischer Truppen aus Schanghai nach der Mandschurei

verhindere. Japan will in Schanghai möglichst schnell ins reine kommen, um sich in der Mandschurei den Aufmarschplatz und das Hinterland zum Krieg gegen die Sowjetunion zu sichern. Natürlich ist dabei das Ziel des japanischen Imperialismus, auf keine der mit Blut und Eisen eroberten Positionen in Schanghai zu verzichten. Ganz im Gegenteil. Wenn die Verhandlungen zwischen Japan und China unter Teilnahme der Mächte sich 14 Tage lang hingezogen haben, so darum, weil das japanische Kommando die volle Abtrennung des Schanghaier Reviers vom übrigen China verlangte.

Erbärmlich und schmachvoll ist die Haltung der chinesischen Regierung, die in Schanghai keinen Schuß mehr fallen läßt und den Gewaltstreich der japanischen imperialistischen Räuber faktisch legalisiert. Ueberdies zeigt das Interview Tschangkaischeks über die mandschurische Frage, daß die Kuomingtang auch gegen die Vergewaltigung der Mandschurei nichts unternehmen wird.

Inzwischen reist der Völkerbundsausschuß in China herum. Was tut er? Seine Tätigkeit erschöpft sich in Schlemmereien auf Banketts, in Seidengeschäften und Ankauf von Antiquitäten...

Pilsudskis Rache

Massenverhaftungen von Kommunisten als Antwort auf den glänzenden Streik — Die PPS. mit Pilsudski

Warschau, 21. März. (Eigener Bericht). Im Dombrowaer Revier wurden gestern zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vorgenommen.

Die reformistischen Gewerkschaftsbeamten arbeiten praktisch Hand in Hand mit der Polizei des Faschisten Pilsudski, indem sie ununterbrochen zur Sprengung des Streiks und zum Hineingehen in die Betriebe aufrufen und durch die Polizei die Führer der Streikbewegung verhaften lassen. Den Sozialfaschisten liegt daran, den Dombrowaer Streik vor dem Ausbruch der oberschlesischen Streikbewegung abzuwürgen, um ein Zusammenfluten der beiden Streikströme unmöglich zu machen.

Der Sohn des Kulis

VON BRUNO JASIENSKI — AUS DEM RUSSISCHEN VON GEORG ZIVIER.

6. Fortsetzung

Tschen war in dem engen dunklen Gang einem der weißen Werkmeister in die Hände gelaufen, einem breitschultrigen, pockennarbigem Kerl, der ihr schon lange nachgestellt hatte. Der Werkmeister, hielt ihr, ehe sie einen Schrei ausstoßen konnte, mit seiner breiten, schwieligen Hand den Mund zu und schleppte sie hinter einen Verschlag. Sie wehrte sich verzweifelt und biß ihn in den Finger. Voller Wut streckte er sie mit einem Faustheb zu Boden und schändete die Ohnmächtige. Dann ließ er sie liegen, und, während er ging, verband er seinen blutenden Finger mit dem Taschentuch.

Ein paar Tage darauf traf Pan Tschen bei einer Zusammenkunft der Gruppe und war aufs höchste erschrocken über ihr verändertes Aussehen. Das zarte, schlanke Geschöpf schien noch schmaler geworden zu sein. Ihre ehemals munteren und neugierigen Kinderblicke hatten jetzt etwas Furchtsames.

Als man sich trennte, ging Pan auf sie zu und fragte sie, ob sie krank sei. Sie verzog ihr Gesicht. Pan wußte nicht, ob zum Lächeln oder zum Weinen und sie antwortete:

„Ich habe Kopfschmerzen."

Pan war besorgt. Wahrscheinlich hatte sie sich überanstrengt. So ein Kind konnte auch nicht arbeiten wie ein Banjosträfling!

Sie trafen sich jetzt nur selten. Sie war immer noch mit Eifer bei der sozialen Arbeit, aber Pan hatte das Gefühl, als ob irgend etwas in ihr zerbrochen wäre. Pan versuchte den Grund ihrer Veränderung herauszubekommen, aber sie machte Ausflüchte und schien überhaupt Pan auszuweichen. Sie hatte so etwas merkwürdig Scheues bekommen. Pan stand vor einem Rätsel.

Inzwischen kam ein unerwarteter Lichtblick: Die Zeitungen brachten Meldungen über die russische Revolution. Die Kommunisten hatten die Macht an sich gerissen. Hoffentlich konnten sie sich halten! Eine sozialistische Arbeiterrepublik in der Nachbarschaft, das war ein gewaltiger Verbündeter! Jetzt empfand Pan die Fronarbeit und die Entbehrungen weniger schwer.

Monate gingen dahin.

Pans Parteiarbeit in der Fabrik machte Fortschritte. Er hatte jetzt schon drei Parallelgruppen gebildet. Sie machten ihm viel Arbeit. An private Studien konnte er nicht mehr denken, aber er wäre glücklich gewesen, wenn der Gedanke an Tschen und ihre unerklärliche Veränderung nicht schwer auf ihn gelastet hätte.

Eines abends, als er von der Arbeit kam, bemerkte er im Hof eine Menschenansammlung. Auf seine Frage, was denn vorgefallen sei, wurde ihm geantwortet, daß sich ein Spulmädchen im Brunnen ertränkt habe.

Pan stieß die Gaffer zur Seite und ging näher heran. Sein Herz krampfte sich zusammen. . . .

Da lag ihr kleiner zerbrechlicher Körper. Das Gesicht war blau angelaufen und gedunsen und in den halbgeöffneten kindlichen Augen stand noch die Todesangst.

Pan lief die ganze Nacht planlos durch die Straßen und grübelte über die Ursache dieses, ihn aufs tiefste erschütternde, furchtbare Ereignis nach. Er machte sich die bittersten Vorwürfe, daß er sie sich selbst überlassen hatte.

Als er schließlich nach Hause kam, fand er einen Brief auf seinem Strohsack. Mit zitternden Händen öffnete er den Umschlag.

„Geliebter," stand da, verzeihe mir. Der Pockennarbige hat mich vergewaltigt und hat mich mit einer widerlichen Krankheit angesteckt. Ich kann so nicht leben. Wenn ich es Dir gesagt hätte, würdest Du ihn vielleicht getötet haben. Aber er wird seiner Strafe nicht entgehen. Ich habe an die Behörden geschrieben, daß er der Schuldige ist. Oh, ich habe solche Angst, zu sterben! Du Lieber, Guter, ich liebe Dich so sehr!"

Pan bebte vor Zorn und sprang zur Tür. Dann aber blieb er stehen. Was wollte er eigentlich? Den Werkmeister töten? Dazu mußte er warten, bis es Tag war.

Ohne sich auszukleiden, warf er sich auf seinen Strohsack, aber er konnte keinen Schlaf finden. Wirre Gedanken jagten durch sein Hirn, und das Herz schmerzte ihm.

Allmählich aber begann er klarer und ruhiger zu denken. Der Werkmeister? Der war doch nur ein winzig kleines Rädchen in einem riesigen, hassenswürdigen Mechanismus. Ihn töten? Das wäre Unsinn! Wenn einem eine Eiche die Sonne wegnimmt, hat es keinen Zweck, einzelne Eicheln vom Baum zu schlagen. Man muß den Stamm mit der Wurzel aus dem Boden reißen. Die revolutionäre Arbeit fortsetzen! Zäh und unbeirrt! Dann wird man zum Ziele kommen!

Im Gedanken an Tschen empfand Pan einen stechenden Schmerz. Das geliebte Mädchen! Sie war so wissensdurstig und dabei so unwissend, daß sie glaubte, die chinesischen Gesetze, die den Urheber eines Selbstmordes bestrafen, gelten auch für die Weißen. Die Weißen hatten anderes zu tun, als einen Mann zu bestrafen, der den Tod einer kleinen Chinesin verursacht hatte.

Er lag ohne Schlaf, bis es Tag wurde.

Um acht Uhr ging er, wie gewöhnlich, zur Arbeit. Aber er war ein anderer geworden. Eine verbissene Entschlossenheit malte sich auf seinen Zügen.

Abends, bei der Zusammenkunft, sprach er mit solcher Kraft und antwortete auf alle Fragen mit solcher Klarheit und Schärfe, daß die Versammelten wie gebannt an seinen Lippen hingen.

„Tod den Unterdrückern!" diese Worte standen in seine Züge gemeißelt.

Im Herbst gelang es, den ersten Vorstoß zu organisieren. Eine Abordnung der Arbeiter trug der Direktion ihre Forderungen vor: bessere Entlohnung und Abschaffung der Körperstrafen.

Die Delegierten wurden mit Schlägen traktiert und zur Tür hinausgeworfen. Daraufhin trat die gesamte Belegschaft in den Streik. Die Direktion verlor den Kopf und ließ die Fabrik von Soldaten besetzen. Die Polizei stellte Nachforschungen nach den „Rädelsführern" des Streiks an und Pan, mit noch ein paar andern Arbeitern, wurde festgenommen. Auf der Polizei zog man ihnen die Schuhe aus und gab ihnen so lange die Bastonade, bis sie das Bewußtsein verloren. Ohnmächtig, wie er war, wurde Pan ins Gefängnis geworfen.

Es gelang ihm, zu fliehen. — Vor Schlägen hatte er keine Angst; er war von Kindheit daran gewöhnt worden. Er kletterte über Mauern und Dächer und rette sich zum Bezirksausschuß der Partei.

(Fortsetzung folgt)

Kriegsfront im Osten und Westen

Die internationale Kräftegruppierung bei der unmittelbaren Kriegsvorbereitung gegen das Sowjetland

Der imperialistische Raubkrieg im Fernen Osten, der räuberische Feldzug des japanischen Imperialismus gegen China, gegen das chinesische Volk, gegen die chinesische Revolution und die chinesischen Sowjets bedeutet gleichzeitig die unmittelbarste Vorbereitung der Intervention gegen Sowjetrußland.

Das berühmte Tanaka-Memorandum beweist, daß der japanische Imperialismus die Intervention gegen die Sowjetunion schon von langer Hand vorbereitet hat. Die Dokumente führender japanischer Politiker und Militärs, die von den „Iswestija" veröffentlicht wurden, beweisen, daß die japanischen Militaristen, die im Auftrage des japanischen Trustkapitals und der Großgrundbesitzer handeln, den Moment für eine Intervention gegen die Sowjetunion für äußerst günstig betrachten, daß der japanische Imperialismus mit Bestimmtheit auf die Teilnahme Polens und Rumäniens, der Vasallenstaaten des französischen Imperialismus, rechnet. Die Intervention gegen die Sowjetunion wird nicht nur im Fernen Osten vorbereitet.

Im Verhältnis der imperialistischen Welt und der Sowjetunion, im Kampf zwischen den zwei Welten — dem niedergehenden Kapitalismus und dem Lande, das den Sozialismus siegreich aufbaut — ist eine grundlegende Aenderung eingetreten. In dem friedlichen Wetteifern der beiden Systeme hat der Sozialismus über den Kapitalismus bereits einen Sieg von welthistorischer Bedeutung errungen. Gerade dieser Umstand treibt die imperialistische Bourgeoisie zum Wetteifern mit anderen, nichtfriedlichen Mitteln. Die Intervention ist jetzt sozusagen die Tagesaufgabe der imperialistischen Staaten. Gerade die Siege des Sozialismus, gerade das ungeheure Wachsen der Produktivkräfte in der Sowjetunion, gerade die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der Sowjetunion zugunsten des Proletariats, die Liquidierung der konterrevolutionären Klassen, einschließlich des Kulakentums in den entscheidenden Gebieten der Sowjetunion, das Anwachsen der Sympathien der Werktätigen der ganzen Welt für die Sowjetunion, machen es vom Standpunkt der Bourgeoisie ebenfalls notwendig, die Antisowjetfront zu reorganisieren und zu stärken. Die Erfahrungen der ersten Intervention haben bereits gezeigt, daß zur Durchführung einer siegreichen Intervention sogar die Kräfte von 14 Staaten nicht ausreichend waren, um die Revolution niederzuschlagen. Daher wird jetzt der Versuch unternommen, in noch viel größerem Ausmaß alle konterrevolutionären Kräfte gegen die Sowjetunion zu mobilisieren und in den Krieg zu führen. Gleichzeitig hat die Weltwirtschaftskrise die imperialistischen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt. Die Frage einer Neuaufteilung der Welt, der Neuaufteilung des schon aufgeteilten, wird von neuem auf die Tagesordnung gestellt.

Die ungleichmäßige Entwicklung der verschiedenen imperialistischen Länder, die während der Weltkrise in viel größerem Ausmaß sich auswirkte, hat die Kräfteverhältnisse im Lager des Imperialismus ebenfalls grundlegend verändert. Es handelt sich jetzt darum, die imperialistischen Gegensätze soweit als möglich hinauszuschieben, diese Gegensätze in einer Intervention gegen die Sowjetunion vorläufig zu ersticken. Die gesamte Politik, die gesamte diplomatische Tätigkeit der imperialistischen Regierungen ist jetzt gerade auf diese Aufgabe konzentriert.

Was geschieht konkret in dieser Hinsicht? Das Bündnis zwischen dem französischen Imperialismus und Japan ist eine vollendete Tatsache; die französische Regierung bestreitet gar nicht, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Staaten besteht. Der Sinn dieses Bündnisses ist, die Sowjetunion von Osten und Westen herzugleicher Zeit „in die Zange" zu nehmen, der Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg aufzuzwingen. Das ist die eine entscheidend wichtige, neue Tatsache der Weltpolitik. In Schanghai, Genf, in der Mandschurei genießt der japanische Imperialismus die vollste Unterstützung Frankreichs. In Warschau, Bukarest, in den übrigen Vasallenstaaten Frankreichs wird alles aufgeboten, um die Hoffnungen der japanischen Militaristen auf ein Eingreifen dieser Staaten gegen die Sowjetunion zu erfüllen.

Die zweite entscheidende wichtige Tatsache besteht darin, daß eine Annäherung, wenn nicht gar schon eine Vereinbarung zwischen dem französischen und englischen Imperialismus getroffen wurde. Tardieu hat in seiner Regierungsprogrammrede offen erklärt, daß er eine Vereinbarung mit dem „edlen" England in allen Fragen der Weltpolitik anstrebe. Das Organ der französischen Schwerindustrie und des Ministeriums des Aeußeren, der „Temps", dechiffrierte ganz offen, worum es sich bei dieser Vereinbarung handelt. In seiner Nummer vom 9. März schreibt er, daß die englisch-französische Vereinbarung die Reparationsfrage, die interalliierte Kriegsschuldenfrage, die Frage der Sicherheit, die Abrüstungsfrage, die Wiederherstellung von Zentraleuropa und die „Regelung" des Verhältnisses zwischen der sogenannten kapitalistischen „Zivilisation" und der sowjetrussischen „Pseudo-Zivilisation" regeln solle. Der „Temps" betont gleichzeitig, daß die Verhandlungen hinter den Kulissen der Genfer Konferenz schon ziemlich weit gediehen seien und das letzte offizielle Kommunique über die Verhandlungen zwischen Tardieu und dem englischen Außenminister Simon unterstreicht, daß die Vereinbarung dieser beiden Staaten in einer Reihe von wichtigen Fragen der Weltpolitik schon angebahnt sei.

Wenn man außerdem berücksichtigt, daß die „nationale" Macdonald-Baldwin-Simon-Regierung gleichzeitig einen immer offeneren schärferen Kurs gegen die Sowjetunion einschlägt, daß die Kriegsvorbereitungen des britischen Kapitalismus im Irak, in Palästina, in Afghanistan in den nordwestlichen Grenzgebieten Indiens in Kaschmir offen betrieben werden, dann wird der Sinn dieses englisch-französischen Bündnisses ganz klar. Tardieu strebt aber nicht nur eine Vereinbarung mit dem „edlen" England an, sondern versucht gleichzeitig, die imperialistischen Gegensätze zwischen Italien und Frankreich zeitweilig soweit als möglich zu unterdrücken. In seiner Kammerrede vom 13. März erklärte der französische Ministerpräsident, daß eine allgemeine Vereinbarung zwischen Frankreich und Italien „nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert" sei. Dieser Versuch Tardieus hat gleichzeitig zum Ziel, Frankreich die Hände für eine Intervention freier zu machen.

Eine dritte entscheidend wichtige neue Tatsache der Weltpolitik besteht schließlich darin, daß der englische Imperialismus den räuberischen Krieg im Fernen Osten und die Verschärfung des amerikanisch-japanischen Gegensatzes dazu benutzt, die Wiederherstellung des traditionellen englisch-japanischen Bündnisses zu bewirken, welches erst 1922 auf der Washingtoner Konferenz unter dem Druck der Vereinigten Staaten gekündigt wurde. Henderson auf der Abrüstungskonferenz, Simon in Genf, die Vertreter des britischen Imperialismus in Schanghai haben alle Schritte des japanischen Imperialismus, soweit dieselben gegen China und die Sowjetunion gerichtet waren, im vollstem Maße unterstützt.

Selbstverständlich bestehen schärfste Gegensätze zwischen Japan und England, zwischen Frankreich und Italien. Wenn auch die englisch-französischen, englisch-japanischen Bündnisbestrebungen mit ihrer Spitze gegen die Vereinigten Staaten gerichtet sind, so doch in erster Linie gegen die Sowjetunion. Im Interesse der Rekonstruktion und der Stärkung der Antisowjetfront wird jetzt der Versuch unternommen, diese Gegensätze vorläufig hintanzustellen, um so die Neuaufteilung Chinas und die Durchführung der Intervention gegen die Sowjetunion besser durchführen zu können.

Die vierte entscheidend wichtige neue Tatsache auf dem Gebiete der unmittelbaren Vorbereitung der Intervention besteht in dem Plan Tardieus der Schaffung einer sogenannten Donau-Föderation. Es wäre lächerlich, diesen Plan Tardieus als einen Versuch aufzufassen, den sich ökonomisch in einer katastrophalen Lage befindlichen Donaustaaten ernsthaft zu Hilfe zu kommen. Es handelt sich nicht um das Problem, wie man Oesterreich oder Ungarn finanziell zu Hilfe kommen könne, sondern darum, die katastrophale Lage dieser Länder dazu auszunützen, dieselben endgültig in das politisch-militärische Bündnissystem des französischen Imperialismus einzureihen. Und daß dieser Plan, wenn auch nicht vollste, so doch eine sehr weitgehende Unterstützung seitens des englischen Imperialismus gefunden hat, beweist auch, wie weit schon die französisch-englische Vereinbarung gediehen ist. Der italienische Widerstand gegen die Bestrebungen der Bildung einer Donau-Föderation soll jetzt in direkten Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien überwunden werden.

Die französischen Imperialisten, mit Tardieu an der Spitze, versuchen, bei vollster Unterstützung durch die französischen „Sozialisten", die Reorganisierung und Stärkung der Antisowjetfront durchzuführen. Es versteht sich von selbst, daß hierbei besonders viel über „Frieden", über die „wirtschaftliche Wiederherstellung von Zentraleuropa" gesprochen wird. Und es versteht sich ebenfalls von selbst, daß die Parteien der 2. Internationale in den einzelnen Ländern ihre imperialistischen Regierungen bei der Durchführung dieses Planes restlos unterstützen.

Bei diesen internationalen Verschiebungen spielt auch Deutschland eine große Rolle. Die französisch-englische Annäherung in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage, der Versuch einer Annäherung zwischen Frankreich und Italien, Tardieus Plan der Schaffung einer Donau-Föderation, schaffen auch eine neue Lage für Deutschland, dessen Position durch das Versailler System, durch den Youngplan im System des Weltimperialismus bestimmt ist. Die schwere ökonomische und finanzielle Krise Deutschlands, der Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft, sollen — bei dem gleichzeitigen Versuch, die Interessengegensätze im Lager der Siegermächte zeitweilig zurückzustellen — dazu ausgenutzt werden, Deutschland noch fester in die Antisowjetfront einzureihen.

Und die Sozialdemokratie mit ihrem Geschrei nach einer „Verständigung mit Frankreich" unterstützt bewußt die Interventionspläne des französischen Imperialismus. Gerade dieses Geschrei der Sozialdemokratie nach einer Verständigung mit Frankreich bedeutet eben die Forderung einer endgültigen Verständigung zwischen dem deutschen und französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion, ohne daß das Versailler Sklavensystem beseitigt werden wird.

Die imperialistischen Regierungen versuchen trotz aller ihrer Gegensätze, trotz aller ihrer inneren Widersprüche eifrig die konterrevolutionäre Front gegen die Sowjetunion zu schmieden. Alle diese Pläne müssen für das revolutionäre Proletariat ein alarmierendes Signal über die ganze Größe der Kriegsgefahr sein, ein Signal zur Schaffung der revolutionären Klassenfront, zum schärfsten Kampf mit allen proletarischen Mitteln gegen den Antisowjetblock.

Chinesische Heizer verweigern Kriegstransport

Hamburg, 21. März. (Eig. Ber.)

Der Dampfer „Koblenz" verlud Panzerwagen sowie Stacheldraht und sonstiges Kriegsmaterial mit dem Bestimmungsort „Nach Ostasien". Die 36 Mann starke chinesische Besatzung beschloß hierauf einstimmig, die Arbeit auf dem Dampfer einzustellen. Hierauf erschien Polizei des sozialdemokratischen Senators Schönfelder und riegelte diesen Dampfer von der Außenwelt ab. Die übrigen im Schuppen beschäftigten 75 Hafenarbeiter erklärten sich mit der chinesischen Besatzung solidarisch. Eine spontane Kundgebung der Hafenarbeiter fand am Sonnabendnachmittag vor dem Dampfer „Koblenz" statt. Die Schiffsleitung versucht, die chinesischen Arbeiter zur Arbeit zu zwingen.

Japanische Dampfer verladen Kriegsmaterial

Hamburg, 21. März. (Eigener Bericht.)

Im Oderhafen liegt der japanische Dampfer „Paris Maru", welcher von Außenbord Schwergut übernimmt. Nach Informationen, die wir durch die dort beschäftigten Hafenarbeiter erhalten, handelt es sich bei diesem Schwergut um Geschützteile. Der japanische Dampfer „Reifuku Maru" liegt seit dem 17. März im Roshafen. Es wird auch hier nach unseren Informationen Schwergut verladen. Auch hier handelt es sich um Geschützteile.

So fördert die deutsche Bourgeoisie den Krieg

Deutsche Sprengstoffe und Kanonen für die imperialistischen Räuber

Kriegsproduktion im Leuna-Werk

Eine Kommission von Japanern besichtigte am 16. März die wichtigsten Produktionsbauten des Leuna-Werkes. Die Kommission hielt sich vor allem in den Stickstoffanlagen länger auf. Die Arbeiter wurden von der Kommission ängstlich durch die Meister und Vorgesetzten ferngehalten. Offenbar handelt es sich hierbei um die Bestellung großer Kriegsaufträge für die japanischen Räuber.

Kriegsammoniak aus Alsdorf

In der Abteilung Chemie der Annahütte, Alsdorf (Rheinland), wird in den letzten Wochen Tag und Nacht mit Hochdruck gearbeitet. Riesige Mengen von aufgespeichertem Ammoniak werden verladen. Die Transporte gingen, wie unsere Arbeiterkorrespondenten feststellten, nach dem Fernen Osten.

Sprengstoffverladung im Duisburger Hafen

Im Duisburger Hafen liegt das Schiff „Florida" aus Antwerpen. Es wird mit Sprengstoff nach Japan beladen. Die Säcke, in denen dieser Sprengstoff transportiert wird, tragen folgende Aufschrift: „Ammon Sulphat-Salpeter — Leuna-Salpeter" Aus der Aufschrift geht weiter hervor, daß „keine Haken" beim Umladen benutzt werden sollen. Auf der Rückseite tragen die Säcke japanische Schriftzeichen.

Krupp-Langrohr-Kanonen werden eingeschossen

Eisenbahner-Korrespondenten berichten vom Verschiebebahnhof Osnabrück, daß dort mehrfach Langrohrgeschütze umranigert und nach dem Schießplatz Löhningen (Oldenburg) zum Einschießen gebracht werden. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um Kruppgeschütze, die dort für Japan eingeschossen werden. Die reformistische Eisenbahnerbürokratie tut alles, um diese offenbaren Kriegsrüstungen für Japan gegen Sowjetrußland zu decken und die Transporte als „Bagatelle" hinzustellen.

*

Diese Meldungen eines Tages aus den verschiedenen Teilen Deutschlands zeigen, welche Rolle die deutsche Bourgeoisie in dem Raubkriege des japanischen Imperialismus gegen das chinesische Volk spielt, und welche Rolle im kommenden Kriege der Imperialisten gegen die Sowjetunion die deutsche Bourgeoisie spielen wird. **Es ist eine erbärmliche Heuchelei, wenn die SPD. erklärt, daß Deutschland „neutral" sei.** Die Munitionslieferungen an den japanischen Imperialismus erfolgen unter Zustimmung der Brüningregierung. Sie deckt diese Kriegsrüstungen, sie billigt sie aus dem einfachen Grunde, weil diese Kriegslieferungen **ein fettes Geschäft für die Kapitalisten sind.**

Der Krieg ist für die Kapitalisten ein Geschäft. Giftgase, Sprengstoffe, Kanonen und Granaten zu erzeugen, um zu zerstören, das ist genau so wie der Abbau der Löhne, die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung, ein Versuch der Kapitalisten, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Sozialdemokratie, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, stützt nicht nur die Brüningregierung, die gegen die Kriegslieferungen an den japanischen Imperialismus nichts einzuwenden hat, sie fördert selbst die Kriegsproduktion und den imperialistischen Krieg, indem sie unter der Arbeiterschaft die schändliche Lüge verbreitet, daß der Krieg „Arbeit" bringe. **Das tiefste Elend der 7 Millionen Erwerbslosen in Deutschland versucht die Sozialdemokratie den Kriegsplänen der imperialistischen Räuber nutzbar zu machen.** Der Krieg wird und kann das Massenelend nicht beseitigen. Er wird es nur vermehren, so wie der imperialistische Krieg 1914/18 ein unermeßliches Meer von Massenelend erzeugt hat. Es gab 1914 und in den folgenden Jahren nicht genug Hände, um die Massenmordwerkzeuge zu produzieren. Aber auch nie war der Hunger der Arbeitermassen grausamer als zu jener Zeit.

Arbeiter, denkt daran, wenn heute die Sozialdemokratie genau wie damals Stimmung für den imperialistischen Krieg machen will.

Die Aufgabe der deutschen Arbeiter ist nicht, den Krieg zu unterstützen, sondern den imperialistischen Krieg zu bekämpfen, der Bourgeoisie den Krieg zu erklären. Vor den deutschen Arbeitern steht die Aufgabe, **alle Kriegsrüstungen durch Streik zu verhindern. Keinen Hammerschlag, keinen Handgriff für Kriegsproduktion und Kriegstransporte!** Kämpft gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion. Verbindet diesen Kampf mit dem Kampf für eure eigenen Forderungen, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen! **Nur der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, ihre sozialdemokratischen und faschistischen Stützen, kann verhindern, daß die Imperialisten über die Sowjetunion herfallen.** Der Wille der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen und zum Schutz der Sowjetunion muß seinen Ausdruck finden bei den bevorstehenden Wahlen.

Jeder Arbeiter für die Verteidigung der Sowjetunion und des chinesischen Volkes.

Jede Arbeiterstimme gegen den imperialistischen Krieg, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und für die Kommunistische Partei!